Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 226. Freitag, den 26. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage und „Die Neue Welt“

Immer wieder Albanien.

Als, angestachelt von der österreichischen und italienischen Regierung, die Londoner Botschafterkonferenz beschloß, daß Albanien nicht unter Serbien und Griechenland aufgeteilt, sondern zu einem „selbständigen“ Fürstentum erhoben werden sollte, waren sich alle Kenner des Problems, soweit sie nicht durch die schwarz-gelb gefärbte k. k. Ballplatz-Brille in die Welt schauten, in ihrem Urteil über diese Spottgeburt einig. Aus inneren und äußeren Gründen stellte dieses „autonome“ Albanien von vornherein eine politische und staatsrechtliche Unmöglichkeit dar, denn wie die Albaner, die „Indianer Europas“, in all ihrer Wildheit und Waldursprünglichkeit als staatenbildendes Element vorderhand undenkbar sind, so mußte auf der anderen Seite die Beutegier des österreichischen und des italienischen Imperialismus den neuen Staat nur zu einem sehr vorübergehenden Provisorium machen. In der Tat geht jetzt, da gerade die Kommission sich auf den Weg gemacht hat, die dem neuen Albanien die Grenzpfähle abstecken soll, an der Adriaküste wie auch im Innern des Landes alles drunter und drüber.

Einmal hat Essad Pascha, „Minister des Innern“ der „provisorischen Regierung“ von Albanien, sich mit kühnem Griff der „Staatskasse“ bemächtigt, deren wertvollster Inhalt allerdings wohl nur aus einigen Hosenknöpfen bestehen dürfte, und ist, so scheint es, drauf und dran, sich in irgendeiner Form zum Herrscher des Landes ausrufen zu lassen. Man kennt diesen Staatsstreichler zur Genüge. Essad Pascha ist ein waschechter Typ jener albanischen Feudalherren, Beiraktars genannt, die, gestützt auf eine Gefolgschaft von ein paar hundert Mauserflinten, den Räuberhauptmann im größeren Stil spielen und, weltenfern von jedem ihnen angedichteten „albanischen Patriotismus“, nur von dem einen Grundsatze durchdrungen sind, daß eine schmutzige Hand die andere waschen muß, und von dem zweiten Axiom, daß Geld nicht riecht. So hat denn auch Essad Pascha von diesem und jenem seine güldenen Zechinen in Empfang genommen, immer schmunzelnd und immer unter starken Versprechungen, von denen nie eine gehalten wurde. Dem Sultan des alten Regimes hatte er die Treue geschworen und die Treue gebrochen, mit den Jungtürken machte er es nicht anders, und als er in dem belagerten Skutari das Oberkommando führte, bewies er für seinen Teil aufs neue den alten Satz, daß ein mit Gold beladenes Maultier jede Festung zu ersteigen vermag: gegen Barzahlung lieferte er die Stadt den Montenegrinern aus. Schon damals schien er Selbständigkeitsgelüste im Busen zu hegen, ließ sich aber noch einmal, wahrscheinlich durch klingende Ueberzeugungsgründe, beschwichtigen und machte als „Minister des Innern“ die heillose Affenkomödie jener „provisorischen Regierung“ mit, in der der Unterrichtsminister ein Analphabet ist, der Finanzminister nicht für ein Päckchen Zigarettentabak Kredit genießt und deren Präsident für eine Prise und einen Sliwowitzschnaps jederzeit käuflich ist. Wenn Essad Pascha jetzt als „Minister“ die Flinte ins Korn geworfen und dafür als Rebell die Flinte ergriffen hat, so ist schwer zu sagen, was er damit im Schilde führt. Aber daß er vor nicht langem in Wien weilte, von dem Minister des Auswärtigen mehr als freundlich begrüßt und sicher mit beschwerten Taschen entlassen, und daß er jetzt angeblich in Tirana die österreichische Flagge gehißt hat, sind Tatsachen, auf die man sich seinen Reim selber machen kann.

Es liegt auf der Hand, daß nach den tausend Mißerfolgen seiner Balkanpolitik Herr v. Berchtold um so festeren Fuß in Albanien fassen möchte, und nicht minder liegt es auf der Hand, daß Italien, das dem Bundesgenossen eher die Pest an den Hals gönnt als den Besitz der Adriaküste, allenthalben seine Gegenminen legt. Wirklich beschweren sich die Interessenvertreter der Donaumonarchie in Albanien darüber, daß die Vorposten der italienischen Expansion auf dem Balkan den Eingeborenen vor den Segnungen der Habsburger graulich zu machen suchten. Die unterirdische Maulwurfsarbeit dieser beiden zunächst interessierten Mächte kann nicht nur, sondern muß über kurz oder lang zu einem Konflikt und einem Zusammenprall führen, der im besten Fall den tiefen Riß in der „Bundestreue“ bis zur Unheilbarkeit verbreitern wird.

Auf der andern Seite mögen auch die Serben nicht so unrecht haben, wenn sie die Machthaber am Wiener Ballplatz beschuldigen, bei dem albanischen Aufstand, der in der Gegend von Djakowno und Prizrend eben gegen die serbische Herrschaft aufgeflammt ist, ihr Händchen mit im Spiele zu haben. Allerdings ist das nicht Voraussetzung für einen solchen Aufstand. Wie wenig ernst es den Mächten in London mit ihrer Schöpfung, dem „selbständigen“ Albanien, war, erkennt man aus der Art, wie sie diesen Staat abgegrenzt haben. Wenn schon, denn schon! Wollte man wirklich ein albanisches Staatswesen aus dem Nichts hervorzaubern, mußte man ihm auch alle unzweifelhaft albanischen Gebietsstriche zuteilen, während man in Wirklichkeit gerade die fruchtbarsten Teile Nordalbaniens Serbien überlassen hat. Verständlich, daß die Arnauten, die über Nacht Serben geworden sind, sich gegen die neuen Herren auflehnen, wenn sie sehen, daß ein paar Meilen weiter ein Schkipetarenstamm, der zum „autonomen“ Albanien geschlagen wurde, seine ungebundene Freiheit behält. Diese Arnauten würden aber ebenso wie jetzt gegen die Serben und wie vor Jahresfrist noch gegen die Jungtürken, gegen jedermann aufstehen, der sie in den Rahmen einer Staatsordnung hineinpressen wollte; und sollte, wenn er endlich erkiest und erkoren ist, der neugebackene Fürst von Albanien auf den tollkühnen Gedanken kommen, von seinen treuen Untertanen Steuern zu heischen oder ihnen gar den Mauser samt Patronen abzuverlangen, so werden ihm genau so die Kugeln um den Kopf fliegen, wie den unterschiedlichen türkischen Generalen, die aus den Albanern abgestempelte und numerierte Bürger eines modernen Staatswesens machen wollten. Es sind eben Halbwilde, die Herren Schkipetaren, nicht um Jahrhunderte, sondern um Jahrtausende in der Entwicklung zurückgeblieben; von der modernen Zivilisation haben sie nichts angenommen als das Repetiergewehr; sonst wollen sie von ihr nichts wissen und lehnen hartnäckig Landstraßen und Eisenbahnen ab als Mittel, mit denen sie ihrer primitiven Selbständigkeit beraubt werden können. Hier ergibt sich ein Zirkel ohne Ende. Damit Albanien wirtschaftlich aufblüht, bedarf es der Landstraßen und der Eisenbahnen, und vor allem muß, damit Handel und Wandel sicher seinen Zielen nachgehen kann, die Blutrache mit ihren wahrhaft verheerenden Wirkungen beseitigt werden. Beseitigung der Blutrache aber bedingt Entwaffnung der Eingeborenen, und die Entwaffnung kann ohne Gewalttat und Blutvergießen gegen die leidenschaftlich sich Sträubenden nicht durchgeführt werden. So muß jeder Versuch, Albanien aus dem Sumpf seiner Rückständigkeit aufzurütteln, mit schweren Erschütterungen enden, und da sich hier allein nach Beendigung des Balkankrieges eine Reibungsfläche entgegengesetzter Interessen der Großmächte befindet, ist Albanien eine stete Gefahrenquelle für den Weltfrieden.

Bis die albanische Nuß geknackt ist, wird noch mancher schöne Backenzahn auf der Strecke bleiben.

Politische Rundschau

Deutschland.

Die Christlichen gegen das Scharfmacherkartell.

In einer Versammlung der katholischen Arbeitervereine in Münster i. W. kam der Arbeitersekretär Giesberts aus M.-Gladbach auch auf das Kartell zu sprechen, das in Leipzig zwischen dem Zentralverband deutscher Industrieller, dem Bund der Landwirte und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband gegründet wurde. Giesberts führte u. a. aus:

„Die Vereinigung nenne sich ein Kartell der schaffenden Stände, eigentlich hätte sie sich ein Kartell der scharfmacherischen Stände nennen müssen. Für die christlich-nationale Arbeiterbewegung sei diese Verbrüderung außerordentlich betrübend. Man könne aus der Leipziger Tagung herauslesen, daß sich die drei Interessenverbände zusammengefunden hätten, um möglichst hohe Lebensmittelpreise einzuführen, um die Arbeiterbewegung und die Arbeiterkonsumvereinsbewegung zu unterdrücken. Dagegen müßten die Arbeiter sich auch zusammenschließen, um diese Absichten energisch abzuwehren.

Was man dann weiter in Leipzig unter Arbeiterschutz verstanden wissen wollte, sei nichts weiter als eine Knebelung der Gewerkschaften, die gehindert werden sollten, durch einen Streik einen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben. Wahrscheinlich werde noch eine Kundgebung erfolgen durch einen allgemeinen christlich-nationalen Arbeiterkongreß, der zu den Fragen Stellung nehmen soll.“

Diese Ausführungen Giesberts gefallen der „Post“ so wenig, daß sie hierzu bemerkt: „Die Töne, die hier Herr Giesberts anzuschlagen für gut befunden hat, muten derart sozialdemokratisch an, daß man solche Aeußerungen eines Zentrumsabgeordneten nur bedauern kann.“

Die Christlichen sehen wieder, daß sie von den Scharfmachern mit den Sozialdemokraten in einen Topf geworfen werden, sobald sie ernstlich beginnen, die Interessen der Arbeiter zu wahren. Die Konsequenz der Worte Giesberts sollte sein, daß die Christlichen im Kampfe gegen die Scharfmacher sich mit den freien Gewerkschaften verbinden. Das erscheint um so nötiger, als die Scharfmacher in Zukunft alle Minen gegen die organisierte Arbeiterschaft werden springen lassen. Es wurde nicht nur das „Kartell der scharfmacherischen Stände“ gegründet, sondern auch die Handlanger der Scharfmacher, die Geschäftsführer der deutschen Arbeitgeberverbände, sind bereits für die kommenden Kämpfe geschärft worden. Sie tagten in den letzten Tagen in Jena und beschäftigten sich eingehend mit der Boykottfrage und mit anderen einschlägigen Themen. Nähere Berichte fehlen bis jetzt; aber sicher ist, daß die Verhandlungen nicht im Interesse der Arbeiter geführt wurden.

Die „Kölnische Zeitung“ gegen die Berliner Theaterzensur.

Unter der Überschrift „Die Polizei als Berufsvormund“ schreibt die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Abendausgabe vom Mittwoch über das Verbot des Bach-Konzerts in Berlin: „Die Bildungseinrichtungen wissenschaftlicher und künstlerischer Art sind immer etwas Löbliches, wer auch immer sie schafft. Wenn die Sozialdemokratie diese Einrichtungen schafft, so erwirbt sie sich ein Verdienst. Erst wenn sie diese Einrichtungen zu ihren politischen Zwecken ausnutzt, muß ihrem Streben entgegengetreten werden. Dazu sind die politischen Organe da. Zum vorliegenden Fall: Bachsche Musik ist niemals etwas Sozialdemokratisches, niemals etwas Revolutionäres, selbst wenn sie vor einem Parkett von lauter Sozialdemokraten und Anarchisten erklingt; auch nicht, wenn sämtliche Vortragenden Sozialdemokraten wären. Sozialdemokratisch kann der Verein sein, der das Bach-Konzert veranstaltet, gewiß, aber das Bach-Konzert als solches steht jenseits von Politik und Partei. So spricht der große Meister und sein künstlerischer Mittler zu Menschen und zu Genossen. Er hebt sie aus den Tiefen und Sorgen des Daseins zu den Höhen der Kunst, wandelt Unzufriedenheit wenigstens für Augenblicke zur Empfindung des Glücks, widerspricht also nicht etwa den Bestrebungen des sozialdemokratischen Alltagsgefechts.“ Dann heißt es: „Das Gebiet, das der Polizei unterstellt ist, dürfte groß genug sein, nach ihrer Ansicht ist es übergroß, um ihre volle Kraft in Anspruch zu nehmen. Das Überschreiten auf neue Gebiete, vor allem in persönliche Rechte, ist nicht vonnöten. Achtung vor der Persönlichkeit des Mitmenschen ist das erste Gebot der staatlichen Gemeinschaft und gilt auch für die Polizei.“

Die Fleischpreise im Auslande.

Unsere Agrarier behaupten immer noch, daß mit einer Einfuhr aus dem Auslande die einheimischen Fleischpreise nicht beeinflußt werden können. Das Gegenteil davon bestätigt die kontingentierte Einfuhr an der oberschlesischen Grenze, die etwa 800 Stück Großvieh pro Woche umfaßt. Jeder Zentner dieses Fleisches von diesem ausländischen Vieh stellt sich um mindestens 10 Mark billiger als der des einheimischen. Aber dieser Vorteil wird den arbeitenden Klassen von den Junkern nicht gegönnt, die Zollmauer muß deshalb erhalten bleiben.

Die Hörigen des kotholischen Klerus.

Wie es mit der Unabhängigkeit der christlichen Gewerkschaften in Wahrheit bestellt ist, dafür liefert wieder einmal der Arbeitertag der pfälzischen katholischen Arbeitervereine, der in Neustadt a. H. tagte, einen treffenden Beweis. Zu der Tagung war auch der Bischof von Speyer Dr. von Faulhaber erschienen. In seiner Ansprache berührte er den Gewerkschaftsstreit, der für die Pfalz insofern von Bedeutung ist, weil der im Saargebiet tobende Kampf zwischen Berliner und Kölner Richtung infolge der wirtschaftlichen Zusammenhänge auch auf die Pfalz überzugreifen droht. Nach den Berichten der pfälzischen Zentrumspresse führte der Bischof folgendes zur Gewerkschaftsfrage aus:

Meine Freunde, wir haben im süddeutschen Verband zum guten Glück nichts oder fast nichts zu fühlen bekommen von dem Bruderkrieg in den norddeutschen katholischen Arbeiterverbänden.

Und so gern ich die Arbeiter Hand in Hand sehe auch über die Grenzen hinaus, so ungern sehe ich es, wenn von jenseits unserer westlichen Grenzen uns Steine in den friedlichen, pfälzischen Garten geworfen werden. Wir im Süddeutschen Verbande stellen eine Tafel an unsere Grenzen: „Wir haben nichts gegen unseren Bischof und reden nicht über den Bischof anderer Diözesen. Wir wollen nach wie vor unseren Frieden haben.“

Der Hl. Vater, der mit beiden Händen die kath. Arbeitervereine fördert, hat aber auch die christlichen Gewerkschaften geduldet mit Rücksicht auf die deutschen Verhältnisse und auf die Bitten der deutschen Bischöfe. Und dieser nämliche Hl. Vater hat es den Bischöfen überlassen, dem einzelnen Bischof, ob in seiner Diözese die Voraussetzungen gegeben sind, daß die Mitglieder der kath. Arbeitervereine auch gewerkschaftlich organisiert sind. Es kann das nicht laut genug gesagt werden, daß die Entscheidungen darüber der einzelne

Bischof hat und nicht ein Arbeitersekretär in Wien an der Donau oder eine Zeitung in einem anderen Land, die den Bischof spielt in einer Diözese in einem unentdeckten Erdteil.

Das ist deutlich und wird die Giesberts und Konsorten bitter schmerzen. Nur bischöflicher Gnade verdanken die christlichen Gewerkschaften noch ihre Existenz. Die Hörigkeit ist ja nichts Neues, aber es schadet auch nichts, wenn das wieder einmal, wie in diesem Falle, aus berufenem Munde seine Bestätigung findet.

Folgen der Wehrvorlage.

Das neueste „Militär-Wochenblatt" bringt Bestimmungen über ein neues Verfahren bei den Rekrutenaushebungen. Danach kommt in Zukunft die Auslosung in Fortfall. Es ist beabsichtigt, beim Ersatzgeschäft eine Sichtung der Tauglichen in zwei Klassen vornehmen zu lassen. Die Tauglichen I (zweifellos Taugliche) werden voll zur Einstellung kommen, die Tauglichen II nur so weit, wie sie zur Erreichung der Rekrutenquote benötigt sind. Eine Uebertragung von Tauglichen auf das kommende Jahr gibt es nicht mehr, so daß die auch als tauglich II Erklärten schon im gleichen Jahre ihre endgültige Entscheidung erhalten müssen. Zunächst werden sie noch als Nachersatz verfügbar gehalten und voraussichtlich am 1. Februar des der Aushebung folgenden Jahres der Ersatzreserve überwiesen werden.

Auch die Manöver sollen anders ausgestaltet werden. Die Korps-Manöver unter Leitung von Generalinspekteuren der Armeeinspektionen wurden in diesem Jahre zum ersten Male angeordnet, und zwar im Korpsverbande gegen markierten Feind beim Gardekorps, 1., 3., 10., 16., 20. und 21. Armeekorps. Vom nächsten Jahre ab sollen zwei Korps der betreffenden Generalinspektionen unter Leitung des Generalinspekteurs gegeneinander manövrieren. Bei den Kaisermanövern soll die Beteiligung von mehreren Armeekorps auf jeder Seite zur Regel werden. Hiermit wird sich aber der Reichstag noch zu beschäftigen haben, da im Reichs-Etat erhöhte Mittel für die vorstehenden Zwecke gefordert werden.

Auch die Marine geht bei der Neuordnung nicht leer aus. Bei der Firma Friedrich Krupp in Essen gab die Marineverwaltung die ersten 38-Ztm.-Geschütze zur Anfertigung in Bestellung. Es handelt sich zunächst um die Konstruktion von 16 Geschützen dieses Kalibers, die zur Installierung an Bord der beiden Großkampfschiffe „Ersatz Wörth" und „T" bestimmt worden sind, die die Schichauwerft in Danzig und die Howaldtswerke bei Kiel zum Bau in Auftrag erhalten haben. Und die Reichswerft in Danzig stellte in diesen Tagen das 21. Unterseeboot fertig.

Die Kommission für die Rüstungslieferungen soll kurz vor Beginn des Reichstags zusammentreten. Dieser „parlamentarischen Untersuchungskommission" scheint man aber nach Möglichkeit die Hände binden zu wollen. Die offiziös informierte „Neue politische Korrespondenz" schreibt nämlich — und die „Nordd. Allg. Ztg." gibt es kommentarlos wieder —: „Es kann nicht die Aufgabe der Enquetekommission sein, in die Exekutive der Verwaltung hineinzureden; ihr Aufgabenkreis beschränkt sich vielmehr darauf, Fragen der Submissionspolitik und damit zusammenhängende weitere Fragen wirtschaftlicher Art einer erschöpfenden Erörterung und Würdigung, gegebenenfalls unter Berücksichtigung der Verhältnisse des Auslandes, zu unterziehen. Fragen, wie sie schon seit Jahren in der Budgetkommission des Reichstages erörtert worden sind und den Gegenstand von Verhandlungen zwischen den beteiligten Verwaltungen gebildet haben. Solche Kommissionen sind in Deutschland durchaus nichts Neues, es braucht nur an die Börsen-, Kartell-, Bank- und Fleischenquetekommission erinnert zu werden."

Es kommt auf die Kommission an, wie sie ihre Aufgabe erfüllt. Nötigenfalls muß der Reichstag kräftig nachhelfen.

Der Volksschüler 64 Mark, der Gymnasiast 397 Mark.

Vor einiger Zeit haben wir kurz angedeutet, in welch krassem Gegensatz in Baden — und nicht anders steht es in dieser Beziehung in anderen Bundesstaaten — die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für höhere Schulen und für Volksschulen stehen. Eine geradezu aufreizende Sprache reden aber die nachstehenden Zahlen. Es kostete in Baden im Jahre 1910

ein Gymnasiast	397,34 Mk.
ein Realschüler	304,63 „
ein Bürgerschüler	275,73 „
eine höhere Tochter	198,60 „
ein Volksschüler aber nur . .	64,54 „

Die Schulbildung, welche der Gymnasiumsbesucher genießt, ist also sechsmal teurer als die, welche man dem Volksschüler angedeihen läßt. Noch stiefmütterlicher benimmt sich gegenüber dem letzteren der „fürsorgliche" Vater Staat. Er leistet an Zuschuß

für einen Gymnasiasten	258,45 Mk.	oder	65 Proz.
für einen Realschüler	129,21 „	„	42 „
für einen Bürgerschüler	154,79 „	„	56 „
für eine höhere Tochter	50,00 „	„	25 „
für einen Volksschüler	16,61 „	„	25 „

In 15facher Vermehrung gegenüber dem Volksschüler begünstigt also der Staat den Gymnasiasten. Das zeigt trefflich, wie stark noch immer selbst in süddeutschen Staaten die Volksschule an Wertschätzung gegenüber der Mittelschule zurücksteht. Wie traurig es in dieser Beziehung aber erst in Ost- und Westpreußen, sowie in Mecklenburg aussieht, ist hinlänglich bekannt.

Die Freunde der B[illegible].

Im Kreise Nimptsch in Schlesien hat der Junker Rhode-Kurtwitz in kurzer Zeit 37 Rustikalgüter aufgekauft und seinem Großgrundbesitz einverleibt. 3100 Morgen Bauernland sind dadurch in Junkerbesitz übergeführt und zwei Dörfer ausgehoben worden. Wo selbständige Bauern saßen, wie in Kniegnitz, haben die Patrioten jetzt ausländische Wanderarbeiter angesiedelt. Genau dasselbe vollzieht die Herrschaft Heinrichau im benachbarten Kreise Münsterberg, die weite Landstrecken aufgesogen hat und Bauern von mehrhundertjähriger Seßhaftigkeit aus ihrem Besitz entfernt. Die Agrarier werden diesmal die Tatsachen nicht beschönigen können, denn die Klagen werden vom Breslauer Zentrumsblatt veröffentlicht, das es überaus traurig findet, daß kein Gesetzesparagraph dieses volkswirtschaftliche Übel der Auffangung verhindert.

Reichstagsersatzwahl in Dresden-Neustadt.

Die Nationalliberalen beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand zu nehmen und den fortschrittlichen Kandidaten zu unterstützen.

Landtagsersatzwahlen in Württemberg.

Drei Landtagsersatzwahlen haben in diesen Wochen in Württemberg stattzufinden. Die erste im Oberamt Rottweil fiel auf den 13. September und brachte dem Zentrum insofern eine Niederlage, als es in einen zweiten Wahlgang gedrängt wurde. Für diesen zweiten Wahlgang, der am 27. September stattfindet, haben unsere Parteigenossen die Parole zur Unterstützung des gemeinsamen liberalen Kandidaten ausgegeben. In seiner Angst hat das Zentrum der Sozialdemokratie das versteckte Anerbieten einer Gegenleistung bei den nächsten Reichstagswahlen gemacht, sobald jetzt die Sozialdemokratie dem Zentrum das Mandat rettet. Unsere Genossen fallen aber auf dieses Kuhhandelangebot nicht herein.

Im Oberamt Gerabronn findet die Ersatzwahl für den verstorbenen Volksparteiler Augst am 22. Oktober statt. Die Volkspartei wird alle Kräfte aufzubieten haben, um diesen Bezirk gegenüber dem Ansturm des Bundes der Landwirte zu verteidigen. Für unsere Partei ist wiederum der Genosse Frey-Stuttgart als Zählkandidat aufgestellt.

Die Ersatzwahl für den Genossen Hildenbrand, der bekanntlich sein Mandat für Stuttgart-Amt niedergelegt hat, ist auf den 25. Oktober festgesetzt. Als sozialdemokratischer Kandidat ist der Genosse Redakteur Pflüger aufgestellt. Die Nationalliberalen warten mit einem pensionierten Offizier auf, den die Volkspartei unterstützen soll. Diese ziert sich einstweilen noch, wird aber schließlich den Offizier trotzdem schlucken. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Sozialdemokatie diesen sicheren Bezirk im ersten Wahlgang erfolgreich verteidigen wird.

Frankreich.

„Zeppelin-Jäger". Das „Pariser Journal" teilt mit, in die französische Militäraviatik werde ein gepanzerter Aeroplan eingestellt, der den Namen „Zeppelin-Jäger" führt. Er ist mit einer Kanone ausgerüstet und seine Aufgabe soll die Vernichtung der Lenkballons sein. Das ist der Wahnsinn des Militarismus!

Holland.

Sozialdemokratische Kontrolle der Manöver. Aus Amsterdam wird uns gemeldet: An den jetzt stattfindenden großen Armeemanövern in den östlichen Provinzen Hollands wird auch das sozialdemokratische Parlamentsmitglied K. ter Laan in seiner Eigenschaft als Mitglied der Staatskommission zur Untersuchung der Möglichkeit einer Sparung an Armeekosten beiwohnen. Es ist dies das erstemal, daß ein Delegierter des Parlaments eine derartige Kontrolle auf die Tätigkeit der Armee ausübt.

Türkei.

Umwerbung der türkischen Petroleumquellen. Aus Konstantinopel wird gemeldet, die Standard Oil Company bewerbe sich bei der türkischen Regierung um das Monopol zur Ausbeutung der reichen Petroleumquellen in der asiatischen Türkei. Das Finanzministerium sei in das Studium des amerikanischen Konzessionsgesuches eingetreten. Entweder ist die Meldung ein an andere Geldgeber gerichteter Bluff, oder die amerikanischen Petroleumherren sind diejenigen, welche die Türkei mit dem nötigen Gelde versorgen sollen.

Balkan.

Die Unruhen in Albanien. Von serbischer Seite wird behauptet, die Erhebung der Albaner in den von Serbien besetzten Gebieten habe nicht nationalpolitische Gründe, sondern sei vielmehr auf Unzufriedenheit über die Regelung der Grundeigentumsverhältnisse zurückzuführen. Dagegen wird von anderer Seite erklärt, daß es sich um Gegenden handle, die zum eigentlichen Albanien gehören, in die aber die Serben widerrechtlich eingedrungen seien. Durch Sperrung der Märkte hätten sie eine Hungersnot hervorgerufen und viele Grausamkeiten gegen die Albaner begangen.

In Wien liegen angeblich zuverlässige Meldungen vor, daß die serbische Mobilisierung nicht ohne Schwierigkeit vor sich geht infolge der großen Unlust der Reservisten, in einen neuen recht ungemütlichen Krieg zu ziehen. Die serbischen Behörden bestreiten zwar diese Meldungen, wie sie auch den Aufstand in das autonome Albanien verlegen, um nicht zugeben zu müssen, daß ihre Erzählungen von der Begeisterung der annektierten Albaner für das serbische Regime auf eine Täuschung Europas berechnet waren.

Wie verlautet, haben die Albaner auch Dschakowa bereits genommen und Prisrend angegriffen. Ihr Sturm auf Prisrend ist abgeschlagen worden, doch glaubt man, daß sie bei der großen strategischen Wichtigkeit Prisrends weitere Versuche machen werden, sich des Orts zu bemächtigen. Im Süden sind sie nach der Einnahme von Dibra, wo sie sich am Montag verschanzten, bis Struga und Kitschewo vorgedrungen.

Die „Alban. Korresp." meldet aus Ljuma in Nordalbanien: Seit vielen Wochen war es hier für jedermann klar, daß es zum Aufstande kommen werde. Issa Boljetini, Beiram Sur und Risa Bey Dschakowa haben die Bewegung nicht geführt, sie wurden von ihr mitgerissen. Um sie scharten sich die ungezählten Flüchtlinge aus den von Serbien eroberten Gebieten, die seit Monaten in Albanien zusammenströmen. Jeder brachte neue Schreckensnachrichten über das Verfahren der serbischen Truppen gegen die Bevölkerung. Aus Dibra, Tetowo und vielen anderen Orten wurde über Grausamkeiten und Morde berichtet. In Prischtina wurden alle albanischen Notabeln eingekerkert. In Dreniza wurden die Häupter der albanischen Bevölkerung hingerichtet, worauf sich die Einwohner gegen die serbischen Behörden erhoben. Leute aus der Reka, Dschakowa und Hassa wurden auf dem Wege nach Dschakowa und Presrend wie Hasen von den serbischen Soldaten niedergeschossen. K vor Ausbruch des Aufstandes spielte sich folgendes eignis ab: Serbische Soldaten griffen zehn Ljumesen die sich nach Prisrend begeben wollten, und brachten vor den serbischen General Schiwkowitsch. Dieser f den Offizier der Gefangeneneskorte mit den Worten „Ich habe Ihnen schon oft gesagt, daß ich keine gefan nen Albaner brauche; ihre Gräber will ich sehen." D ses unerbittliche Vorgehen gegen die Bevölkerung ist unmittelbare Veranlassung der Erhebung.

Aus Albanien sind Nachrichten eingelaufen, denen hervorgeht, daß Essad Pascha die Selbständ keit Albaniens unter der Oberherrschaft d Sultans verkündet hat. Essad Pascha soll dem P sidenten der vorläufigen Regierung in Walona, Ism Kemal Bei, befohlen haben, das Land sofort zu v lassen.

England.

Englischer Scharfmacherverband. Einer Meldung „Times" zufolge wurde in London ein „Arbeitgeb schutzverband für das vereinigte Königreich" gegründ Der Zweck des Verbandes soll sein, „die Hilfsmittel d englischen Unternehmer zusammenzufassen und i Rechte und ihre Freiheit im Verkehr mit den Arbeite und den Trade Unions aufrechtzuerhalten." Ein V bandsvermögen von fünfzig Millionen Pfund Sterli soll geschaffen werden.

Marokko.

Der spanische Guerillakrieg. Eine Depesche a Larrasch an das Kriegsministerium meldet, daß bei eine Angriff zweier spanischer Kolonnen auf den Duar Aonz der Feind mit Verlusten zurückgeworfen ist; er li 18 Tote auf dem Schlachtfelde. Die spanische Artiller hat mehrere Duars zerstört. Die Verlu der Spanier betragen: zwei Leutnannts un fünf eingeborene Soldaten tot, dre Offiziere und 26 Soldaten verwundet.

Aus Lübeck und Nachbargebieten

Freitag, 26. September.

Das Sekretariat des Sozialdemokratischen Vereins f den Wahlkreis Lübeck, Johannisstraße 50, ist von heute, Fre tag, ab wieder in der gewohnten Zeit geöffnet.

Originelle Käuze scheinen gegenwärtig sich in unser Amtsblatt eingenistet zu haben. Während nämlich die „Li beckischen Anzeigen" bisher stets die Aktionen der Sozia demokratie mit nicht gerade freundlichen Augen betrachtete und meistens recht viel daran auszusetzen hatten, machen s sich heute die Ausführungen der börsen-demokratischen „Fran furter Zeitung" ausdrücklich zueigen, die verlangt, daß die So zialdemokratie den Kampf für ihre politischen Forderunge mit stärkerer Leidenschaft führt. In dem Artikel heißt es:

> Und wie die Massen, so die Führer. Die Gewerkschaft ler haben es jetzt in Jena ganz unzweideutig gesagt: ei gutes Wahlrecht zum preußischen Landtag wäre uns lie und wert, aber so wichtig, um dafür alles aufs Spiel z setzen, ist es uns nicht. Man ist nicht innerlich vorbereite Opfer zu bringen; man hat nicht die starke politi sche Leidenschaft, ein rein politisches Zie gegen alle Widerstände durchsetzen zu wollen Deswegen brauchte man noch lange nicht den Massenstrei zu beschließen; man kann ein Ziel wollen, ohne jede Mittel dafür gutzuheißen — nur wollen muß man es ebe und Opfer bringen muß man können.

Die Aufforderung des Amtsblattes an die Sozialdemokratie, mehr Leidenschaft im Kampfe für ein gutes Wahlrecht zum preußischen Landtag zu entfalten und Opfer zu bringen, ist mindestens originell. Gerade die Nationalliberalen, als deren Organ die „Lübeckischen Anzeigen" wohl angesprochen werden wollen, sind doch die Feinde eines guten Wahlrechts — und nicht nur in Preußen. So fordert das Amtsblatt die Sozialdemokratie zur leidenschaftlichen Bekämpfung ihrer eigenen Parteigenossen auf. Ihm wird zu gegebener Zeit geholfen werden.

Voreiliges Verlassen der Straßenbahn. Bei dem enormen Verkehr, den die Straßenbahnen vor allem in den Großstädten zu bewältigen haben, treten naturgemäß sehr oft kleinere Fahrtstörungen oder Unterbrechungen ein. Diese benutzen manche Fahrgäste zum Absteigen. Solche kleinere Unterbrechungen kommen besonders häufig beim Umstellen der Weichen vor. Daß dieses unzeitgemäße Absteigen oftmals Unglücksfälle zeitigt, liegt in der Natur der Sache. Wie verhält es sich hier nun mit der Schadensersatzpflicht der Straßenbahnen? Diese Frage hatte das Reichsgericht zu entscheiden. Folgender Tatbestand lag der Entscheidung zugrunde: Am 13. Februar 1912 verunglückte in Hamburg kurz vor der Haltestelle der Straßenbahn an der Fruchtallee die Frau Thießen dadurch, daß sie, als der Wagen eine kurze Zeit zum Umstellen der Weiche hielt, vom Hinterperron der Fahrtrichtung entgegengesetzt den Wagen verließ und dabei, als sich der Wagen wieder in Bewegung setzte, das linke Handgelenk brach. Sie war der Ansicht, daß der Wagen, als sie ausstieg, schon an der Haltestelle angekommen sei. Der Schaffner befand sich während des ganzen Vorganges im Innern des Wagens. Infolge dieses Unfalles ist die Frau, die sich in der Hauptsache vom Stricken ernährte, in ihrem Erwerbe erheblich gehindert. Sie erhob deshalb gegen die Straßenbahngesellschaft Hamburg Klage auf Schadensersatz beim Landgericht, welches durch Zwischenurteil den Anspruch der Frau Th. für begründet erachtete. Auf die von der Straßenbahngesellschaft eingelegte Berufung hin hob das Hanseatische Oberlandesgericht das Urteil auf und erkannte den Anspruch der Frau Th. als zu zwei Drittel zu Recht bestehend an. Es führte dabei unter anderm aus: Da die Frau Th. den Wagen mit der rechten Hand noch nicht losgelassen hatte, als sich der Unfall ereignete, liege unzweifelhaft ein Betriebsunfall vor. Die Klägerin trifft jedoch deshalb ein Mitverschulden, weil sie sich, ehe sie den Wagen verließ, nicht davon überzeugte, daß der Wagen tatsächlich an der Haltestelle angekommen sei; denn ein unvorgesehenes vorübergehendes Halten kommt öfters vor, wie ja jeder wisse, der die Straßenbahn benutzte. Sie hätte sich daher bei Anwendung der nötigen Sorgfalt vor dem Absteigen durch einen Blick davon überzeugen müssen, ob sie das Schild der Haltstelle sähe, wenn nicht, hätte sie den Schaffner fragen sollen. Der Umstand, daß sich der Schaffner zur Zeit überhaupt nicht um den Hinterperron gekümmert und ruhig weiter einkassiert habe, liege die Vermutung nahe, daß die Haltestelle noch nicht erreicht sei. Daß die Th. nach bekannter Frauenart in der der Fahrtrichtung entgegengesetzten Richtung abstieg, könne ihr nicht zu besonderem Verschulden angerechnet werden, da sie in dem Glauben gewesen sei, der Wagen sei an der Haltestelle angekommen, ganz abgesehen davon, daß es

zweifelhaft wäre, ob beim Absteigen in der anderen Richtung der Fall nicht auch eingetreten wäre. Zudem liege hier eine erhöhte Betriebsgefahr vor. Die überwiegende Schuld treffe jedoch den Schaffner, der es unterließ, die Frau von ihrem Beginnen zurückzuhalten oder rechtzeitig das Signal zum Halten zu geben. Gegen dieses Urteil legte die Straßenbahngesellschaft Revision beim Reichsgericht ein, da weder eine Betriebsgefahr vorgelegen habe noch den Schaffner ein Verschulden treffe. Das Reichsgericht wies jedoch die Revision zurück. Es bleibt also dabei, daß die Straßenbahngesellschaft zu zwei Drittel schadensersatzpflichtig ist.

Germanen von heute. Uns wird geschrieben: Der Drehstrom der Zeit bringt täglich neue Ueberraschungen. Wären die Menschen nicht an das Staunen gewöhnt, sie würden zum alten Wunderglauben zurückkehren. Ein vorsorglich Geschick fortwährender Entwicklung bewahrt die Menschheit vor allzu langem Stehenbleiben beim Neuen. Alles wird überholt. Gütig ist die Natur bloß für den geistig Armen, den fesselt sie an den erstmalig gewonnenen Eindruck zeitlebens, bis die Zähne locker werden, die Stimme hohl klingt und bestenfalls schnarrende Quikser dem Mund entgleiten. Leider sind auch Geschöpfe solcherart zur Fortpflanzung bestimmt, soweit sie fähig dazu sind. Daß diese Fortpflanzung gewisse Eigenschaften überweisen kann, hat außer Darwin auch ein Lübecker Lehrer einer höheren Anstalt vor Jahren in einem Blatt der „Gebildeten" plausibel gemacht. Er hatte sich zwar nicht den englischen Forscher zum Vorbild genommen, sondern schlank und frei nur seiner angestammten Sippe eine geistige Weiterentwicklung zugesprochen. Wissell las dem Herrn Dr. Schwarz damals ein anderes Kapitel vor. Etwas Unrecht hatte Wissell doch, diese Entwicklung schlug wirklich ein und zwar in dem Zeitraum, den Privatdozent Dr. Swoboda dieser Tage auf dem Deutschen Aerzte- und Naturforschertag in Wien als siebenjährige Vererbungsperiode bezeichnete. In diesen medizinischen Stufenjahren setzt der Mensch seine individuellen Eigenschaften fort. Dieser Grundsatz soll nur nach dem natürlichen Vererbungsgesetz gelten. Konform mit diesem Naturgesetz läuft eine geistige Infektionstheorie. Sie ist älter, bekannter und verbreiteter als gemeinhin geglaubt wird. Diese Ansteckung befällt Menschen, die sich zu den Höherentwickelten zählen, denen jedoch das Individuelle mangelt. Die ansteckende Vererbung ist z. B. in Lübeck eingetroffen, erfaßt die höheren Lehranstalten. Nach sieben Jahren lebt also der Größenwahn der „Intellektuellen" wieder auf. Nicht mehr in der bloßen Einbildung des Eigenbefähigtseins, er äußert laut seine Vererbung. Germanische Urkraft sprießt aus Knabenseelen mit Kniehosen — den culottes —. Vielleicht stammen sie aus Erbfeindesland, gegen das der Schlachtgesang angestimmt wurde. . . . Wenn irgend ein Köter den Sternenhimmel anbellt, er findet Widerhall vom nächsten Gehöft her, und wenn irgend ein Professor, dem alles Internationale antinational erscheint, in der Schule die Macht hätte, das Französische abzuschaffen und dafür die Urlaute der Menschheit lehren zu lassen, wer wollte an beifallspendenden Kräften zweifeln? Es brauchten nur zur Begründung die medizinischen Stufenjahre bis zum Pithecanthropus erectus nachgeforscht zu werden, der Beweis wäre bündig erbracht. Warum sich also wundern, wenn in der Höherentwicklung begriffene Jungens in Lübeck die Leinwand des Kinos anbellen. Versuche, wie sich Mops und Hektor zum Film verhalten, haben die Berliner längst gemacht. Sie ergaben das gleiche Resultat wie in Lübeck: mit Räubern und Indianern wollten sie über die Berge rennen, beim Pulverdampf der Soldaten fingen sie an zu knurren und sich zu ducken, nur das Möpschen zeigte Lust, auf die Leinwand loszurasen. Den jungen Herren mit individueller Bildung ergeht's nicht anders. Der Wahn bricht los, sie sehen sich in ihrer Uniform des Sonntags in den Hecken liegen und wittern ringsum Feinde. Den Schießprügel als Allerweltsmittel auf dem Buckel, den Skalp an der Seite und eine Butterbemme von Muttern in der Tasche, lauert der eine und andere auf — einen Sonntagswanderer, der ihm eine Postkarte abkauft, während sich die anderen in Höhlen verkriechen, ganz wie die alten Barden. Junggermanen! Hier geifern Knaben gegen den Film, dort schießt, wie bei der Frühjahrsrummelfeier, ein völlig Vernarrter aus einer Knallerbsenbüchse beim Vorbeizug der — „Franzosen" und in der Stadthalle werden Proletarierkinder gezwungen zu Schattenbildern geführt, müssen einen seichten Vortrag anhören, von dem sie kein Wort verstehen, lernen den niederträchtigen Bonaparte kennen, der den ganzen Tag seine Krone anprobiert und bewundern den großen Leipziger Steinhaufen, zu dem die Eltern auf Umwegen beisteuern müssen.

Die Welt, so alt sie immer sei,
An Trug und Täuschung bleibt sie neu —

solange die siebenjährige Vererbungs- und Infektionsperiode den Größenwahn der „Gebildeten" gefangen hält.

b. **Erste Strafkammer** am 26. September. Auf einen Anzug erpicht war der Hochofenarbeiter Sch. und dessen Ehefrau. Er kostete 65 Mk., doch war das Geld knapp. Die übliche Anzahlung soll mindestens den vierten Teil des Preises betragen, bei den Käufern vom Hochofenwerk etwas mehr, weil ihr häufiger Wechsel größeres Risiko verursacht. Sch. zahlte 10 Mark an, die Frau machte die nötigen Sprüche dazu, daß ihr Mann in höhere und besser bezahlte Stellung aufrücke und es mit der Abbezahlung keine Sorgen habe. Dem neu Ausstaffierten wie der ihn freundlich musternden Ehehälfte machten die Ratenzahlungen keine Sorgen, sie verließen Lübeck und wanderten nach Schlesien. Für die Vergeßlichkeit verurteilte sie das Schöffengericht im Frühjahr zu je 10 Tagen Gefängnis. Dagegen legten sie Berufung ein. Das geschädigte Abzahlungsgeschäft wollte die Anzeige zurücknehmen, wenn der Anzug, der einen Einkaufswert von 33—34 Mark hatte, zurückgeschickt würde. Das geschah nicht, auch ließ die Abzahlung auf sich warten. Die Strafkammer verwarf heute die Berufung beider Angeklagten. — Drei verschiedene Ausreden, um sich vom Verdacht des Diebstahls zu reinigen, gebrauchte der Schlachter Sch. Er ist derselbe junge Mann, der sich kürzlich vor dem Schöffengericht wegen Anstiftung zum Diebstahl seiner früheren Braut zu verantworten hatte, mangels Beweises aber freigesprochen wurde. Vor längerer Zeit kam er in Begleitung eines Kameraden O. auf den Sportplatz bei der Luisenstraße, wo aus einem Glasschränkchen des Wärterhauses 4 Schachteln Zigaretten gestohlen wurden. Als Täter kam der Angeklagte in Betracht, der auch von anderer Seite beim Betreten beobachtet worden war. Sch. ging mit dem Kameraden nach Israelsdorf zu, wo er unterwegs eine Schachtel Zigaretten seinem Begleiter abgab. Heute leugnet er überhaupt, die Bude betreten resp. Zigaretten gestohlen zu haben. Sie sollen von einem unbekannten Dritten stammen, der einen Schlüssel zu dem Wärterhaus hatte. Bei der polizeilichen Vernehmung gab Sch. den Diebstahl zu und zwar nur deswegen, damit er nicht in Haft genommen wurde, weil er andern Tags Verlobung feiern wollte. Heute widerruft Sch. wie sein Kollege die früheren Aussagen und behauptet, daß er nur der nehmende und wieder gebende Teil gewesen ist, denn es handelt sich darum, die ihm vom Schöffengericht zugesprochene vierwöchige Haftstrafe wegen Entwendung wieder abzuschütteln. Sein Kollege O. erhielt wegen Hehlerei 5 Tage. Der Staatsanwalt bezeichnete die Ausreden der Angeklagten als ebenso töricht wie frech. Sch. habe mit falschem Schlüssel das Wärterhaus geöffnet, sein Verfahren grenze hart an schweren Diebstahl. 80 Zigaretten könne man nicht mehr als geringwertige Menge zum sofortigen Gebrauch bezeichnen. Die Vorinstanz habe größte Milde walten lassen, trotzdem Sch. wegen Diebstahls schon vorbestraft aber begnadigt sei. Er beantragte die Höchststrafe bei Anwendung des mildernden Paragraphen, 6 Wochen Haft. Das Urteil lautet gegen Sch. auf 6 Wochen, gegen O. auf 5 Tage Haft.

b. **Als Geschworene** für die kommende Schwurgerichtsperiode wurden heute morgen ausgelost: Oberlehrer Bongschmidt, Maurermeister Oldenburg, Buchdruckereibesitzer Otto Rahtgens, Direktor Bornemann, Fabrikant Junge, Hufner Burmeister (Schwienkuhlen), Kaufmann Lindenberg, Hufner Muß (Dakendorf), Maurermeister Prigge, Kaufmann Kollmann, Oberlehrer Mahn, Kaufmann Sauermann jun., Oekonomierat Kaufmann (Eutin), Braumeister Lück, Oberlehrer Sander, Hufner Maak (Kurau), Rentier Bielefeld (Neudorf), Architekt Glogner, Tischlermeister Wängler, Hufner Sach (Bujendorf), Kaufmann Erasmi, Bankvorsteher Dippel (Eutin), Erbpächter Röper (Dakendorf), Maschinenfabrikant Ruß, Maurermeister Stender, Direktor Stolz, Fabrikant Schramm, Hufner Blunck (Sieversdorf), Ziegeleibesitzer Krüger (Wulfsdorf), Kaufmann Brüggen. — Wie gewöhnlich sind von diesem „Volksgericht" die Angehörigen des werktätigen Volkes ausgeschlossen. Wenn früher als Grund dafür die Ausrede gebraucht worden ist, Arbeiter könnten nicht als Geschworene fungieren, weil für das Ehrenamt keine Entschädigung gezahlt werde, so trifft diese Ausrede heute nicht mehr zu, denn auf Grund reichsgesetzlicher Bestimmungen werden jetzt Diäten gewährt. Man hält jedoch in Lübeck grundsätzlich Arbeiter von diesen Ehrenämtern fern, wie man die Arbeiter ja auch sonst minderen Rechts gemacht hat.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Am 26. dss. Mts., morgens zwischen 6½ und 7¼ Uhr ist vom Flur des Hauses Morkerkestraße 15 ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen, Freilauf, Rücktrittbremse, nach oben gebogener Lenkstange mit gelben Holzgriffen und Messingringen und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 8074 abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden. Beide Radmäntel sind fast neu.

pb. **Entwendete Kürbisse.** Aus dem Hintergarten eines in Krempelsdorf belegenen Hauses sind in der Zeit vom 22 zum 24. dss. Mts. 17 Kürbisse gestohlen worden.

Handelsregister. Am 24. September 1913 ist eingetragen: 1. bei der Firma Iwersen u. Co., Lübeck: Dem Carl Oscar Iwersen in Lübeck ist Prokura erteilt; 2. bei der Firma Dr. Steinorth u. Ferner, Lübeck: Die Firma ist geändert in: Sonnen-Apotheke Georg Hembd; 3. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Wilhelm Bade, Schlutup. Die Ehefrau Marie Magdalena Elisabeth Herbst geb. Bade ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist ihr Ehemann, der Kaufmann Gustav Eduard Christian Herbst in Schlutup als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Sonnabend, den 27. September 1913 findet die erste volkstümliche Vorstellung statt. Gegeben wird Schillers „Kabale und Liebe". Ueber die Bedeutung des Werkes erübrigt es sich ja, noch ein Wort zu verlieren. Die Hauptrollen sind besetzt mit Herren Pruß, Brunow, Lerch und Robert und den Damen Pfliegl, Wall, v. Seemen. Das Stück wird von Herrn Pruß inszeniert, der sich damit zum ersten Male dem Lübecker Publikum als Regisseur vorstellen wird. Auf die am heutigen Freitag, dem 26. September, zur Aufführung kommende Operette „Hoheit tanzt Walzer", die bei Ihrer Erstaufführung so allseitigen Beifall errang, sei nochmals hingewiesen. Die Nachfrage danach ist eine äußerst rege.

Schlutup. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariates findet morgen — Sonnabend — von 5 bis 7¼ Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Saborowski, „Gasthof zur Linde", statt.

Mölln. Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

Oldesloe. Bauarbeiterstreik. Wie wir bürgerlichen Blättern entnehmen, sind die Bauhilfsarbeiter in Oldesloe am 23. September in den Ausstand getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung. Bedauerlicherweise ist uns bisher von der beteiligten Organisation kein Bericht über den Streik zugegangen.

Hamburg. Hyänen des Schlachtfeldes. Vom „Hamburger Echo" wird ein Aufnahmeschein veröffentlicht, der auf Hamburger Werften zur Werbung von Mitgliedern für einen „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" benutzt worden ist. Es handelt sich um Gründung einer gewerkschaftlichen Sonderorganisation mit großspurigen Unterstützungsvorspiegelungen, für die man die wegen des verunglückten Kampfes auf den Werften unzufriedenen Mitglieder des Metall- und Holzarbeiterverbandes zu gewinnen trachtet. Nennenswerte Erfolge haben diese Zersplitterungsversuche bisher nicht gehabt, werden es auch in der Zukunft nicht haben. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch in den andern Werftorten in ähnlicher Art Organisationszersplitterer nach Beute umherstreifen.

Hamburg. Dritte Elbbrücke. Maßgebende Kreise beschäftigen sich, wie der „H. C." berichtet, gegenwärtig mit dem Plan der Erbauung einer dritten Elbbrücke neben den beiden bestehenden. Schon lange zeigt sich das Bedürfnis einer direkten Wagenverbindung zwischen dem rechtsufrigen und dem linksufrigen Freihafengebiet. Auch wird in nicht allzuferner Zeit an die Herstellung eines Bahnverkehrs zwischen diesen beiden Gebieten gedacht werden müssen, dem dann die dritte Elbbrücke dienen würde.

Parchim. Eine blutige Affäre. Während der Abwesenheit des Majors v. Puttkamer wurde Mittwoch abend in seiner Wohnung in der Flörkestraße eingebrochen. Der Einbrecher entwendete außer einer Büchsflinte und einem Revolver nebst Munition einen großen Posten Wein und Zigarren. Bei seiner Heimkehr um 10 Uhr nahm der Major die Hilfe der Polizei in Anspruch, und es konnte sofort an der ganzen Art des Einbruchs festgestellt werden, daß für die Ausübung der Tat nur der eigene Bursche in Frage kam. Derselbe war nicht auf seinem Zimmer. Durch mehrere Polizeihunde konnte man um Mitternacht herum feststellen, daß er sich bei den Schwadronsställen aufhielt. Er ergriff jedoch vor seinen Verfolgern die Flucht und als diese ihm folgen wollten, feuerte er auf sie. Erst gegen 4 Uhr morgens kehrte er aus dem Felde heim und quartierte sich bei einem anderen Burschen ein, den er herausgeklingelt hatte. Als man nun am Morgen ihm wieder zu Leibe rücken wollte, war er nicht zu bewegen, die Tür zu öffnen. Als nun der Bursche Thielhorn des Leutnants v. Oertzen die Tür aufzuschließen versuchte, ertönte plötzlich ein Schuß und Thielhorn brach, an der Schulter schwer getroffen, zusammen. Als man nach einiger Zeit wieder vorzudringen versuchte, fand man den Einbrecher mit einer Kugel im Kopf auf dem Boden liegend; er hatte sich selbst erschossen. Er heißt Lübcke, stammt aus Pommern und dient hier in der 3. Schwadron. Von seinen Kameraden wird ihm das Zeugnis ausgestellt, daß er ein ruhiger und stiller Mensch gewesen ist.

Bremen. Die Bürgerschaft hatte sich am Mittwoch wieder einmal mit den „Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung" zu beschäftigen. Obwohl im März dieses Jahres die Bürgerschaft gegen den lebhaften Widerspruch der Sozialdemokraten die Beschaffung von zwölf berittenen Schutzleuten als dringendste Forderung beschlossen hat, ist es bis jetzt noch nicht gelungen, für die Pferde der Berittenen die Ställe zu beschaffen. Die Polizeidirektion hält es für notwendig, die Ställe in nächster Nähe des Polizeihauses an der Ostertorstraße zu haben; besonders fürchtet sie sich davor, die Berittenen in der Neustadt zu stationieren, da bei Unruhen die Weserbrücken verbarrikadiert werden könnten. Genosse Waigand führte den bremischen Machthabern vor Augen, daß es viel dringender sei, daß der Staat für die Unterbringung der wohnungslosen Familien sorge, als das Geld für die ganz überflüssigen Berittenen hinauszuwerfen. Der Antrag, für etwa 100 000 Mk. ein Haus in der Bleicherstraße zu erwerben und umzubauen, wurde abgelehnt, dagegen wurde beschlossen, die ehemalige Feuerwache in der Westerstraße (Neustadt) den Berittenen zu überweisen. Nun kann das Spiel von neuem beginnen. — Eine prinzipielle Entscheidung über die Verlegung des Freimarktes von der Altstadt nach der Gustav-Deetjen-Allee beim Bürgerpark verlangt die Deputation für die Stadterweiterung. Der Neustädter Teil soll erhalten bleiben. Der alljährlich im Oktober stattfindende Freimarkt ist für Bremen ein zehntägiges „Nationalfest", an dem sehr viele Leute mit zäher Festigkeit festhalten; der Markt entspricht etwa dem Hamburger Dom. Genosse Voigt beantragte, daß ein großer, freier Platz mit einer Festhalle geschaffen werden soll, auf dem außer dem Freimarkt auch sonstige größere Festlichkeiten abgehalten werden können. Andere Städte haben schon sehr lange solche Festplätze und Festhallen. In einer namentlichen Abstimmung wurde der Antrag der Deputation auf Verlegung mit 56 gegen 51 Stimmen angenommen. Ob jetzt eine Festhalle gebaut werden wird, steht dahin.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 20 des fünften Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: 100 000 Abonneten! — Regierung und Verwaltung in den deutschen Kleinstaaten. — Die Schlacht bei Kohlhausen. Von E. Reinhard Müller. — Wie entsteht der Wind? Von Hans Bourquin (Mit Abbildungen). — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit. Vom Kriegsschauplatz usw. Beilage: Der Sohn des Waldes. Erzählung von R. Kipling. — Der große Wind zu Weißenburg. Gedicht von Jul. Sturm. — Die Familie im Wandel der Zeiten. Von O. Jenssen. — Die Technik des Malens. Von Adolf Bruno. — Vegetarische Kost. Abbildung nach einem Gemälde von Carl Hartmann. — Wie ich als Junge August Bebel lieben lernte. Von Roland. — Wissenswertes von der Sprache. — Das Taschenmesser. Erzählung von Fritz Müller. — Das Lied vom Jungdeutschland-Feldmarschall.

Allerlei Wissenswertes.

Über den Kampf mit dem Meltau der Rosen veröffentlicht der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau eine längere Abhandlung und kommt zu dem Ergebnis, daß das Bespritzen der Rosen mit heißer, verdünnter Kleisterlösung (100 Gramm Stärkemehl auf 8 Liter Wasser) das bequemste und unschädlichste Mittel ist. Da der häßliche Rosenmeltau an manchen Stellen rechtes Unheil anrichtet und eine energische Bekämpfung des Übels Platz greifen sollte, halten wir es für angezeigt, darauf hinzuweisen, daß Rosenfreunde die Nummer des Blattes, welche den Aufsatz enthält, kostenfrei bekommen können, wenn sie sich dieserhalb an das Geschäftsamt des praktischen Ratgebers in Frankfurt a. O. wenden.

72 Prozent Wasser, 28 Prozent Land! Der Franzose Baldit hat eine neue Feststellung der Verteilung von Wasser und Land auf der Erdoberfläche vorgenommen und dabei trotz der enormen Arbeit die Genauigkeit dadurch sehr weit getrieben, daß er die Bestimmung für jeden einzelnen Quadratgrad durchführte. Man kann deshalb jetzt die Verteilung von Wasser und Land für sehr beschränkte Gebiete der Erdoberfläche sehr genau angeben. Die Nordhalbkugel der Erde ist zu 60,8 Prozent im Wasser, zu 39,2 Prozent mit Land bedeckt. Für die Südhalbkugel ist die Landbedeckung erheblich geringer und beträgt nur 16,9 Prozent. Für die ganze Erdoberfläche aber stellt sich das Verhältnis auf 72 Prozent Wasser und 28 Prozent Land. Das Verhältnis von Wasser zu Land ist also 2,57 : 1.

Literarisches.

Zart, Dr A.: Bausteine des Weltalls (Atome und Moleküle). Mit zahlreichen Abbildungen nach Originalaufnahmen und Zeichnungen von C. Schmauck, R. Oeffinger u. a. und einem Titelbild von W. Planck. (100 S.) Oktav, 1913. Geh. 1,— Mk., geb. 1,80 Mk. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Franckhsche Verlagshandlung).

„Nichts existiert als die Atome" war schon ein Satz der Leukippo-Demokratischen Weltanschauung; jahrhundertelang hat man diese griechische Theorie als eitles Hirngespinst betrachtet, aber heute sind nun wieder Atome und Moleküle als die unentbehrlichen Bausteine der körperlichen Welt erkannt worden. Während jedoch die Alten sich auf weiter nichts, als auf die alltäglichen Erfahrungen des Lebens stützen konnten, ist die moderne Atomlehre der Niederschlag einer unendlich reichen, kritisch gesichteten und exprimentell gewonnenen Erfahrung. In dem uns vorliegenden Bändchen wird nun gezeigt, wie schon die aufmerksame Beobachtung und Deutung alltäglicher Vorgänge selbst den Ungelehrten auf ihre Spur bringt, wie die Wissenschaft in langem und hartem Ringen des Problems Herr geworden ist, und wie es ihr sogar gelang, die Atome und Moleküle zu messen und zu wägen und die Geheimnisvollen an das Licht sinnlicher Wahrnehmung zu rücken. Für jeden Denkenden bildet es einen hohen geistigen Genuß, mit den klar und einleuchtend geschilderten Fortschritten der physikalischen und chemischen Forschung bekannt gemacht zu werden, die eine so völlige Umwälzung der naturwissenschaftlichen Atomtheorie herbeigeführt haben. Die Reihe der Kosmosbändchen erfährt zugleich durch diese neue, mit Bildern reich geschmückte Veröffentlichung eine hübsche Bereicherung; ein heiß umstrittenes Problem, das immer wieder den Drang nach Erkenntnis herausfordert und trotz aller neueren Fortschritte doch noch der restlosen Lösung harrt, wird in leicht verständlicher und fesselnder Weise dem Verständnis eines weiteren Leserkreises nahegebracht.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Scheuere mit **Henkel's Bleich-Soda.**

4962

Die Arbeitsgarderoben von Bahr & Umlandt

— Breite Straße 31 —

sind anerkannt preisw. u. haltbar.

Zwirnhosen	1.40	bis	3.50
Pilothosen	2.50	bis	5.50
Maurerhosen	2.90	bis	7.50
Gen. Cordhosen	4.00	bis	9.50
Schlosseranzüge	2.80	bis	5.00

Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.

Trotz der billigen Preise rote Lubecamarken.

60)

Uhren, Uhren, Uhren

(neu und getragen) sind staunend billig zu haben in Lübecks kleinstem Laden nur

Markttwiete 2

bei der Post. (7222

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie billig und reell bei

Markt 4. **Otto Albers** Kohlmarkt 10.

z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an, Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.

62) Rote Lubeca-Marken.

Dicke Flomen

Fetten und magern Speck bei Abnahme v. 4 Pfd. pr. Pfd.	95 ₰
Weißes Schmalz bei Abn. v. 2 Pfd. pr. Pfd.	80 ₰
Gek. Mett- u. Leberw. Pfd.	90 ₰
Eisbein . . . . Pfd. 60 u.	50 ₰
Kuheuter . . . . . Pfd.	65 ₰
Schweinesl., Bratenst. Pfd.	85 ₰
ger. Schweinsbacken 5 Kn. Pfd.	90 ₰

Karl Lahrtz, vormals M. Lahrtz.

7190) Böttcherstr. 14—16.

Kopffleisch
Leberwurst
Knackwurst
Brotwurst

Heinr. Viereck, Hüxstraße 96. (7191

Schuhwaren-Einführungs-Tage!

Neu aufgenommen:

Schuhwaren in allen Ausführungen erprobte Qualitäten zu auffallend billigen Preisen.

Um meine Schuhwaren bekannt zu machen, verkaufe selbige, trotz der sonst schon billigen Preise vom 26. Sept. bis 4. Okt. mit bedeutender

Preisermässigung.

Bitte um Beachtung meiner Fenster!

Auf **Herren - Konfektion** während der Tage **Vorzugs - Preise.**

Rabattmarken!

Nach erfolgter Renovierung meines Geschäftslokals habe ich bedeutend an Platz gewonnen, so daß ich in allen Abteilungen meine Läger bedeutend vergrößern konnte. Mein Geschäft bietet jetzt in allen Artikeln eine gediegene preiswerte Auswahl. 7224

Hermann Kampff

früher **Gebr. Barg**

Lübeck, Kohlmarkt 5. **Lauenburg a. E.,** Elbstr. 91/93.

Vorteilhaftes Umzugs-Angebot.

Gardinenkasten	60, **50**	Haarbesen	125, **95**	Spiegel	68, 40, **20**
Gardinenkasten, verstellb.,	**95**	Handfeger	50, **40**	Paneele	250, 200, **150**
Fensterleder	48, **30**	Aufnehmer	45, **28**	Bilder, enorme Ausw.,	**100** an

Waschgarnituren 4.00, 3.50, 2.50, 1.95, **1.50**

Eßteller, flach u. tief,	**8**	Suppenterrinen	138, **88**	Gemüseschüsseln	23, 18, **12**
Tassen, Porzellan,	23, 18, **10**	Fleischplatten	50, 35, **20**	Milchtöpfe	23, 12, **8**
Tassen mit Goldrand	**25**	Saucieren	90, 58, **40**	Zahnbürstenschalen, einzeln,	**8**

Lampen, Küchenlampen, Zylinder, Schirme billigst.

Riesen-Bazar

Breite Straße 33 — Pietro Cagna. — Breite Straße 33

Trotz meiner bekannt billigen Preise 4% oder Rabattmarken. 7217

Restaurant FRANZ BOY

Schwartau, Lübecker Str. 14.

Täglich:

Musikalische Unterhaltung.

ff. Speisen und Getränke.
Aufmerksame Bedienung.

142) **Franz Boy.**

Arbeiter-Turnverein „Freiheit" Seereß.

Stiftungs-Fest

verbunden mit

Preiskegeln und Ball

am Sonntag, d. 28. September

im Lokale des Herrn E. Cordts.

Anfang des Kegelns 2 Uhr, des Balles 6 Uhr.

Das Kegeln findet auch am Sonnabend von abends 7 Uhr an statt.

Hierzu ladet freundlichst ein

7212) **Der Vorstand.**

Konzerthaus

Zauberflöte.

Täglich großes Konzert.

Erstklassige humoristische Klown-Kapelle

Charly Petrelly

„Die fidelen Leipziger"

genannt

„Die 7 Blödsinnigen".

Eintritt frei.

Anfang 7½ Uhr.

Sonntags Anfang 4 Uhr.

Infolge der hohen Gage für diese erstklassige Konzerttruppe ist der Eintrittspreis für Sonnabends und Sonntags auf 20 Pfg. a Person festgesetzt.

7221) **Ludwig Kock.**

„Cines"

Hansa-Theater.

Heute Premiere!

Varieté und Lichtspiele.

Horton u. La Triska
Der Clown und die lebende Puppe

Francis u. Alfred
Englands beste komische Jongleure..

The Goodalls
Phänomenaler Trampoline-Akt, 70 Saltomortale in einem Schwung. (7188

Ferner das reichhaltige Programm erstklassiger Kunst- u. Lichtspiele.

Vorstellung: Wochentags 8½ Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.

Vorverkauf bei Nagel u. Sager.

Eintrittspreise v. 40 Pf. an

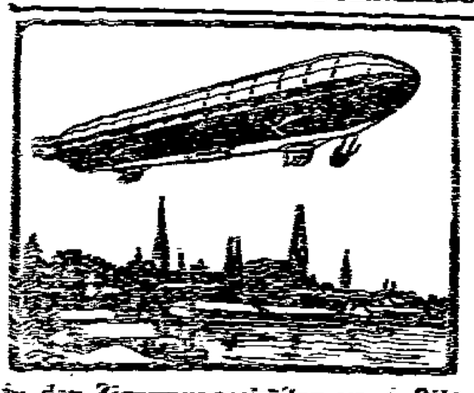
Faust

Tragödie von F. v. Goethe. (I. Teil).

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am Sonntag, 5. Oktober, sind Bücher à 20 Pfg. bei uns zu haben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.



Zeppelinluftschiff „Hansa"

Landung in Lübeck

auf dem Landungsplatze an der **Israelsdorfer Allee**

am Sonntag, d. 28. September a. c. nachmittags etwa **3** Uhr.

Von 2 Uhr ab:

Konzert der Regimentskapelle.

Eintrittspreis: **50** Pfg., Kinder **30** Pfg.

Im Vorverkauf: **40** Pfg. und **25** Pfg.

in den Zigarrengeschäften von: **Otto Borchert,** Breite Straße, **H. Drefalt,** Sandstraße und Breite Straße, **Fr. Nagel,** Markt 16, **W. Koch** (Th. Wulff Nachfg.) Holstenstraße 40, **Hinrich Buse,** Breite Straße, Ecke Johannisstr.

Anmeldung von Fahrtteilnehmern schleunigst bei Herrn **Johs. Fr. J. Möller, Israelsdorfer Allee 13a.** (7193

Kaffeehaus Moisling.

Am Sonntag, dem 28. September:

Großer Abschiedsball.

Zu diesem meinem Abschiedsball lade alle Freunde und Bekannte, sowie die Vereine freundlichst ein. Eintritt frei.

7192 **Frau A. Sehreiber.**

Bezirksbildungsausschuß für Lübeck und Mecklenburg.

Naturwissenschaftl. Vortragszyklus

von E. Graf, Berlin

am Montag, 6., Dienstag, 7., Montag, 13. u. Dienstag, 14. Oktober

im „Gewerkschaftshaus", Johannisstr. 50-52.

Thema: **Vom Urtier zum Menschen,** 4 Vorträge mit Lichtbildern.

Preis der Karte für den Zyklus 50 Pfg., für den einz. Vortrag 15 Pfg.

Beginn 8¼ Uhr.

Karten für den ganzen Zyklus sind zu haben: Gewerkschaftshaus, Parteisekretariat, Expedition des „Volksboten", Carl Wittfoot, Hüxstraße, Gustav Ehlers, Hüxstraße 110, sowie in den Verbandsbureaus.

Einzelkarten nur an der Kasse.

7206 **Der Ausschuß.**

Kranken- u. Sterbekasse gewerblicher Arbeiter.

(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 24.)

General-Versammlung

am Montag, dem 27. Oktober 1913

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal 1913.
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

7194 **Der Vorstand.**

Neues Stadttheater.

Freitag, den 26. September:
9. V. i. Voll-Ab. 2. V. i. Freit.-A.
Anf. 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Hoheit tanzt Walzer.

Operette von Leo Ascher.
Große Preise.

Sonnabend, den 27. September:
10. V. i. Voll-A. Außer Sonnabd.-A.
Anfang 7½ Uhr. Ende geg. 11 Uhr
Volkst. u. Schüler-Vorstellung.

Kabale und Liebe

von Schiller.
Kleine Preise.

Sonntag, den 28. September:
11. Vorst. im V.-A. Große Preise.
Anfang 7½ Uhr. Ende n. 10 Uhr.

Neuheit! Neuheit!

Der Kuhreigen

Große Oper von Wilh. Kienzl.
Für die Sonnabd.-Vorstellungen werden Schülerkarten zu ermäß. Preisen verausgabt. Schülergutscheine sind in der Theaterkanzlei zu haben. (7189

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 226. Freitag, den 26. September 1913. 20. Jahrg.

Parteigenossen!

Die Konstituierung des Parteivorstandes ist erfolgt. Die Adresse des Parteivorstandes ist wie bisher:

Wilhelm Pfannkuch, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

An diese Adresse sind sämtliche für den Parteivorstand bestimmten Zuschriften, auch die betr. die Frauenagitation, zu richten.

Alle Geldsendungen sind nur an den Parteikassierer

O. Braun, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

zu richten. (Postscheckkonto Nr. 7918 A. Gerisch, F. Ebert, O Braun, Berlin, Lindenstr. 3.)

Zur Kontrolle des Parteivorstandes und als Beschwerdeinstanz ist die aus neun Personen bestehende, im § 23 unseres Organisationsstatuts vorgesehene Kontrollkommission gewählt worden. Sie hat sich im Anschluß an den Parteitag in Jena konstituiert und sind alle Zuschriften für sie an

W. Bock, Gotha, Friemaschestraße 17

zu richten.

Die Adresse des Bildungsausschusses lautet wie bisher:

H. Schulz, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Wir ersuchen die Vorstände der Landes-, Bezirks- und Wahlkreisorganisationen auf Grund des Organisationsstatuts, uns die genauen Adressen ihres Vorsitzenden und ihres Kassierers nach erfolgter Wahl sofort mitzuteilen. Ferner ersuchen wir die Landes- und Bezirksvorstände, uns nach erfolgter Wahl sofort mitzuteilen, wen sie nach § 20 des Organisationsstatuts zu ihrem Vertreter im Parteiausschuß bestimmt haben.

Berlin, den 27. September 1913.

Der Parteivorstand.

Die 1. Konferenz der Internationalen Berufssekretäre

fand in Zürich am 19. September, gleich nach Schluß der Konferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes, statt. An der Konferenz nahmen teil: A. Moß-Berlin für das internationale Sekretariat der Arbeiter öffentlicher Betriebe (rund 100 000 Mitglieder), O. Allmann-Hamburg für die Internationale der Bäcker (67 000), Fr. Paeplow-Hamburg für die Bauarbeiter (485 000), Otto Hué-Essen und Smillie-England für die Bergarbeiter (1 225 000), M. Etzel-Berlin für die Brauerei-Arbeiter (131 000), E. Kloth-Berlin für die Buchbinder (50 000), P. Stautner-Stuttgart für die Buchdrucker (140 000), F. Etzkorn-Berlin für die Friseurgehilfen (4500), E. Girbig-Berlin für die Glasarbeiter (43 000), Th. Leipart-Berlin für die Holzarbeiter (350 000), A. Metzschke-Altenburg für die Hutarbeiter (30 000), G. Wollmann-Charlottenburg für die Keramischen Arbeiter (30 000), Finnen-Amsterdam für die Handlungsgehilfen (65 000), O. Sillier-Berlin für die Lithographen (34 000), A. Tobler-Hamburg für die Maler (72 642), A. Schlicke-Stuttgart für die Metallarbeiter (über 1 Million), J. Sassenbach-Berlin für die Sattler (18 000), J. Simon-Nürnberg für die Schuhmacher (104 000), R. Kolb-Zürich für die Steinarbeiter (75 000), A. Knoll-Berlin für die Steinsetzer (13 000), Th. Shaw-Manchester für die Textilarbeiter (553 000), Deichmann-Bremen für die Tabakarbeiter (62 000), H. Jochade-Berlin für die Transportarbeiter (860 000), A. Drunsel-Berlin für die Töpfer (17 000), F. Schrader-Hamburg für die Zimmerer (85 000). Insgesamt sind 5,6 Millionen der Berufsinternationale angeschlossene Arbeiter vertreten. Nur die internationalen Sekretariate der Diamantarbeiter, Fleischer, Gastwirtsgehilfen, Kürschner und Schneider sind nicht vertreten. Dagegen nehmen die Vertreter der Landeszentralen an der Konferenz als Gäste teil. Nachdem Legien, der Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die Konferenz eröffnet hat, wird Schlicke (Metallarbeiter) zum Verhandlungsleiter bestimmt.

Auf der Tagesordnung der Konferenz stehen nur noch die Punkte: Vereinheitlichung der Berichterstattung und Vereinheitlichung der internationalen Gewerkschaftsstatistik, da der weiter vorgesehene Punkt betr. den Anschluß an die Berufssekretariate schon durch die vorhergehende Konferenz der Landeszentralen erledigt worden war.

Nach einem einleitenden Referat von Baumeister (Internationales Sekretariat) wird von allen Seiten die Notwendigkeit einer besseren Berichterstattung betont und eine Reihe wertvoller Anregungen gegeben. Von den Bergarbeitern wird besonders eine regelmäßige Berichterstattung über den Stand des Arbeitsmarktes in allen Ländern gefordert. Eine längere Debatte entspinnt sich über ein statistisches Formular, das eine einheitliche Statistik aller Verbände ermöglichen soll. Die meisten Redner sind der Meinung, daß das vorgelegte Formular, das schon in der Transportarbeiter-Internationale Verwendung findet, gar zu umfangreich sei. Man einigt sich schließlich dahin, eine statistische Kommission, bestehend aus den Genossen Jochade, Leipart und Sassenbach-Berlin, zu beauftragen, in Verbindung mit dem Internationalen Bureau ein einheitliches Formular für alle Berufssekretariate herzustellen. Schlicke stellt dann fest, daß in Anbetracht des Nutzens, den eine gemeinsame Arbeit der Landeszentralen mit den Internationalen Berufssekretariaten bringen muß, die Berufssekretäre wünschen, auch zu den zukünftigen Konferenzen der Landeszentralen eingeladen zu werden. Zwar sei der Besuch in San Franzisko mit großen Schwierigkeiten verbunden, doch hoffe er, daß auch diese überwunden werden können. Nach einer anfeuernden Schlußrede des Vorsitzenden wurde die Konferenz geschlossen.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei. Am 23. September starb in Mannheim im Alter von 50 Jahren Genosse Robert Klein infolge eines Herzschlages. In der Partei und in der Gewerkschaftsbewegung war der Verstorbene hervorragend tätig. Seit 1902 war er Stadtverordneter, seit 1904 Vorsitzender der Ortskrankenkasse, um deren Aufblühen er sich große Verdienste erworben hat. Dem Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins gehörte er seit langer Zeit an. Als Landtagskandidat war Klein auch für die Partei agitatorisch tätig. Seit 1900 suchte er als Wirt sein Fortkommen; sein gelernter Beruf war Dreher.

Vergebliche Mühe. In Sonneberg (S.-M.) ließ die Staatsanwaltschaft im Betriebe unseres Parteiblattes „Thüringer Volksfreund", sowie bei einigen Kolporteuren nach Winnens Broschüre „Wer will unter die Soldaten?" haussuchen. Gefunden wurde nichts. — Auch in Straßburg und Mülhausen i. E. stattete die dortige Polizei den Expeditionen unserer Parteigeschäfte Besuche ab, die der Winnenschen Broschüre galten. In Straßburg wurde eine Broschüre gefunden, während in Mülhausen die Polizei sich auf die Auskunft, es gäbe keine Broschüre mehr, empfahl.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Arbeitswilligenagent Hesberg als Pächter des Stettiner Hafens. Der bekannte Arbeitswilligenagent Hesberg aus Hamburg ist jetzt der Pächter des städtischen Freihafens in Stettin. In der Nacht zum Mittwoch kam eine Anzahl seiner Arbeitswilligen in Stettin an, zerrissen, zerlumpt, und im elenden körperlichen Zustande. Es ist ganz ausgeschlossen, daß diese ausgemergelten Gestalten die schwere Arbeit eines Hafenarbeiters verrichten können. Versprochen wurde ihnen in Hamburg ein Lohn von 4—4,50 Mark nebst freier Station. In Stettin angekommen, wurde ihnen bekannt gegeben, daß der Lohn nur 3,60 Mark betrage. Deshalb gab es eine Rebellion unter ihnen. Mindestens 150 Mann wollten die gastliche Stätte des Stettiner Magistrats verlassen, sie wurden aber vom Arbeitswilligenvermittler mit Gewalt zurückgehalten. Nicht eher kommen sie vom Freihafen herunter, bis die verauslagten Reisekosten abgearbeitet worden sind. Zu den Sätzen des städtischen Hafentarifs werden jetzt 100 Proz. zugeschlagen. Unter welchen weiteren Bedingungen die Umladung am Hafen geschieht, hat die Hafeninspektion durch Bekanntmachung an die Hafenunternehmer verfügt. Danach sollen sich die Unternehmer durch Unterschrift folgenden Reverses dem Herrn Hesberg verpflichten: „Nachdem der Umschlagverkehr im städtischen Hafen infolge Streiks der städtischen Arbeiter von der Stadtverwaltung eingestellt, der Umschlag der Güter im Freibezirk und am Dunzigkai aber von dem Unternehmer Hesberg in Blankenese übernommen worden ist, ersuche ich letzteren, mir alle . . . . . ein- und ausgehenden Güter in der üblichen Weise umzuschlagen und verpflichte ich mich, dafür an Herrn Hesberg eine Vergütung zu zahlen, die nach den Sätzen des städtischen Hafentarifes zu berechnen ist . . . ." Der Stettiner Magistrat hat durch Vergebung der Arbeit an den sattsam bekannten Hesberg allen Privatunternehmern ein leuchtendes und nacheiferndes Beispiel im Kampfe mit den Arbeitern gegeben. Die Unternehmer liebten wohl sonst den Verrat und ließen sich zur Not die zweifelhaften Arbeitswilligen gefallen, sie hielten sich aber den Verräter weit vom Halse. Als Mittwoch abend einige Trupps Streikbrecher des Herrn Hesberg, die bei den Spediteuren in deren Speicher arbeiten, unter der üblichen Polizeibewachung nach dem Freihafen zurücktransportiert wurden, entstand eine begreifliche Erregung unter den mindestens 2000 Personen, die auf der großen Lastadie sich angesammelt hatten. Plötzlich stürzten zirka 20 Schutzleute, die Schuppenketten unterm Kinn, die Säbel aus der Scheide, auf die Menge ein und drängte sie bis zur Hansabrücke zurück. Zum Handgemenge ist es dank der verständigen Haltung der Menge nicht gekommen.

Streik der Elektromonteure in Straßburg i. Els. In einer am Montag abend in Straßburg i. Els. abgehaltenen Versammlung der Elektromonteure und Helfer wurde die Arbeitsniederlegung bei sämtlichen Elektrizitätsfirmen beschlossen, um durch einen Tarifvertrag geordnete Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erreichen. 4 Firmen haben bereits den Tarif anerkannt.

Die meistertreuen Bäckergesellen. In Magdeburg tagten kürzlich unter Flankierung einer Schar Unternehmer und sonstiger Förderer der wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereinigungen die gelben Bäckergesellen. Welcher Geist diese Herrschaften beseelte, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Tagung mit einem Kaiserhoch eröffnet und stehend die Nationalhymne gesungen wurde. Im übrigen hatten die Macher der gelben Bewegung für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Gesellen wenig übrig. In einem Antrag wurde die Leitung beauftragt, mit der Meisterschaft „ganz energisch" für die Sonntagsruhe einzutreten. Dazu muß festgestellt werden, daß die Unternehmer mit den Gelben „ganz energisch" gegen die von der gewerkschaftlichen Organisation geforderte reichsgesetzliche Regelung der sechstägigen Arbeitswoche Sturm laufen und daß sich auch sonst bei allen Gelegenheiten die Gelben ohne Widerspruch von den Unternehmern gegen den Ausbau der Arbeiterschutzbestimmungen ins Schlepptau nehmen lassen. Ueber diese Leutchen braucht man sich auch nicht zu wundern, wenn sie in ihrer Naivität die Unternehmer ersuchen, in den Innungen dahin zu wirken, „daß nach Möglichkeit verheiratete Gesellen außer Kost und Logis beschäftigt werden sollen". Um die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges hat die gewerkschaftliche Organisation seit Jahren schwere Kämpfe mit den Unternehmern ausgefochten, die Gelben glauben nun durch ein Bittgesuch ließe sich dieses schmähliche Lohnzahlungssystem beseitigen. Schließlich sehen auch die Bäcker ein, daß sich auf diese Art Arbeiterinteressen nicht vertreten lassen. Es macht sich immer mehr und mehr der Krebsgang in der gelben Organisation bemerkbar. Nach dem Bericht sollen zirka 15 000 Mitglieder in 230 Orten vorhanden sein inkl.

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(32. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Na, wenn sie's bezahlen kann, mag man ihr ein anständiges Begräbnis geben, sobald die Leiche von der Staatsanwaltschaft freigegeben ist! Freilich — woher sie das Geld hat, wer kann das wissen?"

So resümierte der Herr Bürgermeister, während von der Straße her unter lautem Pritschengeklapper Prinz Karneval sein Lied sang:

Paßt auf, jetzt singt Prinz Karneval
Und nimmt den Mund recht voll:
Du bist ein Narr, du bist ein Narr,
Voll Dummheit voll und toll.

Karl Haltmann war schon nach wenigen Tagen aus dem Amtsgerichtsgefängnis von Bergstadt in das Gefängnis des Landgerichts transportiert worden, zu dessen Bezirk der kleine Ort gehörte. Auch das Landgericht befand sich in einer kleinen Stadt; es war eines jener kleinen Gerichte, deren Richter in langjährigem Aufenthalt in kleinstädtischer Umgebung alle Fühlung mit dem wirklichen Leben, mit dem Volk und seinen Anschauungen, seinen Bedürfnissen, seinen Nöten, seinem Kämpfen und Ringen verlieren, und die alle ihnen vorkommenden Rechtssachen einzig und allein aus dem Gesichtspunkt ihrer eigenen versteinerten Anschauungen und ihres eigenen, eng gezogenen Gedankenkreises beurteilen — eines jener Gerichte, deren Richter und sonstige Beamte häufig wie ein Stück „kristallisiertes Menschenvolk" mitten im modernen Leben stehen, ohne daß sie in der Lage sind, dessen ungeheuern Gedanken- und Tatsachen-Umwälzungen Rechnung zu tragen.

Einem solchen Landgericht also war Karl Haltmann zugeführt worden. Er war hier in ärztliche Behandlung gekommen; die Verletzungen, die er sich beim Absturz von dem Weinspalier am Altesschen Gehöft zugezogen, waren nicht leicht. Als er nach langen Wochen wiederhergestellt war, zeigte es sich, daß sein rechter Fuß um ein beträchtliches verkürzt war, und daß er zeitlebens ein Krüppel bleiben würde. Es war ihm gleich; er hatte mit dem Leben völlig abgeschlossen, und es kam ihm auf eins heraus, ob er mit einem gesunden oder einem verkrüppelten Fuße das Begräbnis bei lebendigem Leibe, das seiner im Zuchthaus harrte, über sich ergehen lassen müsse.

Schon in den ersten Tagen nach seiner Verhaftung hatte er einen ausführlichen Brief an Rechtsanwalt Dr. Graßner geschrieben. Er hatte ihm genau mitgeteilt, wie alles sich zugetragen, wie alles gekommen war; er hatte gleichzeitig dafür Sorge getragen, daß alles, was er noch an Akten und Schriftstücken seiner Arbeitgeber, der hauptstädtischen Rechtsanwälte, in seiner Wohnung gehabt, diesen zugeschickt werde. Doktor Graßner hatte ihm sofort geantwortet:

Lieber Herr Haltmann!

Mit schmerzlichem Bedauern habe ich Ihren Brief gelesen, und meiner aufrichtigen Teilnahme können Sie versichert sein. Die ganzen Verhältnisse, die Sie aufs neue dem „Verbrechen" in die Arme trieben, liegen vor meinem Auge klar und bis in ihre einzelnen Linien erkennbar. Verlieren Sie indessen nicht den Mut; bleiben Sie bei der lautern Wahrheit, geben Sie in der Untersuchung alles, auch das Kleinste, an; benennen Sie für Ihre ausgestandenen Leiden die Polizeibeamten, den Buben Reising, den Altes als Zeugen; werden Sie nicht müde, in Ihren Vernehmungen vor dem Richter immer wieder und wieder alle diese Umstände zu betonen — dann wird man sich schließlich der Einsicht nicht verschließen können, daß Sie zwar nicht schuldlos, daß aber die eigentlichen Urheber Ihrer strafbaren Handlung in anderen Personen und Verhältnissen zu suchen sind.

Ich würde ohne weiteres und gern Ihre Verteidigung übernehmen. Da ich jedoch als Zeuge über Ihren Lebenswandel und Ihre Führung vernommen werde, so erscheint mir die Uebernahme Ihrer Verteidigung weder zulässig noch praktisch. Ich habe daher mit Herrn Geheimrat Schettler Rücksprache genommen, und dieser war sofort bereit, als Ihr Verteidiger für Sie einzutreten. Vollmacht sendet er Ihnen zur Unterschrift zu, wenn Sie solche nicht schon erhalten haben.

Also Kopf hoch und den Mut nicht verloren!

Ihr Doktor Graßner.

Fast gleichzeitig mit diesem Schreiben war ein solches des Geheimen Justizrats Schettler eingegangen, in welchem dieser mitteilte, daß er zur unentgeltlichen Führung der Verteidigung gern bereit sei und um Unterschrift der beigeschlossenen Verteidigungsvollmacht ersuchte. Mit warmen Dankesworten sandte Haltmann die Vollmacht unterzeichnet zurück. —

Die Anklage gegen Haltmann wurde erhoben und die Anklageschrift ihm zugestellt. Er war gemäß Paragraph 243, Nr. 2, Nr. 5 und Nr. 7 des Strafgesetzbuches des schweren Diebstahls, begangen durch Einsteigen zur Nachtzeit und unter Führung von Waffen bei Begehung der Tat, beschuldigt. Die Strafkammer eröffnete den Anträgen der Staatsanwaltschaft entsprechend das Hauptverfahren.

Im Termin der Hauptverhandlung ergriff nach Schluß der Beweisaufnahme der Staatsanwalt zur Begründung der Anklage das Wort. „Meine Herren," so führte er aus, „durch das teilweise Geständnis des Angeklagten und durch die einwandfreien Zeugenaussagen steht fest, daß der Angeklagte in der kritischen Zeit in das Wohnhaus des Oekonomen Altes eingestiegen ist, daß er dort in das Zimmer des Robert Altes eindrang und hier fünfzehnhundert Mark bares Geld, das auf dem Tische lag, entwendete. Es steht ferner fest, daß der Angeklagte bei Begehung dieses Einbruchsdiebstahls Waffen bei sich führte, nämlich einen scharf geladenen sechsläufigen Revolver, der ihm bei seiner Verhaftung abgenommen worden ist und heute als Beweismittel auf dem Gerichtstisch liegt. Nun hat der Angeklagte im ganzen Verlaufe der Untersuchung und auch heute hier behauptet, er sei durchaus nicht in der Absicht, zu stehlen, in das Altesche Haus eingestiegen, sondern um deswillen, weil er den Robert Altes niederschießen wollte; erst als dieser nicht kam und der grauende Morgen die Entdeckung des Einschleichers befürchten ließ, habe er beim Verlassen des Zimmers das offen daliegende Geld genommen, um nach Amerika auszuwandern, da ihm hier durch die Behörden und die Gesellschaft als einem mit Zuchthaus Vorbestraften ein ehrliches Fortkommen unmöglich gemacht worden sei."

„Aber, meine Herren", führte der Staatsanwalt weiter aus, „diese Angaben des Angeklagten sind nichts anderes als die unglaubwürdige Ausflucht, ja als das hartnäckige Leugnen eines von seiner Ueberführung bedrohten reuelosen Verbrechers, der vom Strafgesetzbuch aus seiner Erfahrung gerade genug kennt, um zu wissen, daß er, wenn man seinen Angaben Glauben schenken wollte und sie nicht widerlegen könnte, nur wegen einfachen Diebstahls nach Paragraph 242 des Strafgesetzbuchs verurteilt werden dürfte. Es ist nun aber durchaus nicht schwer, die Verteidigung des Angeklagten zu widerlegen und den vollen Beweis für die beim Einsteigen bereits feststehende diebische Absicht zu erbringen.

(Fortsetzung folgt.)

400 Bäckermeister als „fördernde" Mitglieder. Bringt man jedoch die von den Unternehmern geleisteten Beiträge in Abzug und dividiert die verbleibende Summe mit dem statutarisch festgesetzten Jahresbeitrag, dann beträgt die Mitgliederzahl nur 3237, vorausgesetzt, wenn die ganze Summe überhaupt für Beiträge vereinnahmt wurde. Da aber Beweise vorliegen, daß die Unternehmerorganisationen im Jahre hindurch namhafte Beiträge zur Unterstützung an die gelbe Vereinigung abliefern, so muß der Mitgliederstand noch weit niedriger angesetzt werden. Die Drahtzieher der Gelben schrauben aber die Mitgliederzahl künstlich empor, um beweisen zu wollen, welchen Zulauf sie haben.

Opfer des Klassenkampfes. Bei dem jetzt siegreich beendeten Streik der Packer und Einbinder (Transportarbeiter) der Sonneberger Spielwarengeschäfte kam es infolge des rigorosen Verhaltens der freisinnigen Verleger (Kaufleute und Exporteure) zu Straßenkundgebungen, bei welchem auch der Polizeisäbel eine große Rolle spielte. Nun sind aber nicht etwa die Unternehmer, die den armen Spielwarenarbeitern jede Lohnzulage verweigerten, auch nicht die städtischen Polizeibeamten, die mit blanker Waffe gegen die Streikenden vorgingen, angeklagt, sondern eine Anzahl Arbeiter, die angeblich Arbeitswillige wörtlich und zum Teil auch tätlich beleidigt haben sollen. Ein Dutzend armer Teufel sitzt seit einem Vierteljahr in strenger Untersuchungshaft. In nächster Zeit wird das Schwurgericht in Meiningen über diese Missetäter urteilen. Schöffengericht und Strafkammer haben in dieser Sache bereits einige minderschwere Fälle abgeurteilt und auf mehrere Monate Gefängnis erkannt. Nach Aeußerungen des Untersuchungsrichters sollen noch schwere Strafen zu erwarten sein. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Süßheim-Nürnberg, Hofmann-Hof und Meng-Meiningen.

Erfolgreicher Streik in der Nürnberger Pinselindustrie. Am Dienstag ist in Nürnberg der Streik der Pinselmacher und Pinselmacherinnen beendet worden. Zwanzig Wochen lang mußten die Arbeiter und Arbeiterinnen mit einem äußerst hartnäckigen Unternehmertum um die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpfen; besonders die kleinen Unternehmer machten Schwierigkeiten über Schwierigkeiten in den langwierigen, oft unterbrochenen und immer wieder aufgenommenen Verhandlungen. Hinter den Unternehmern standen die Herren Dr. Rippel, der Vorstand des Verbandes bayrischer Industrieller, und Dr. Zahnbrecher, der Sekretär dieses Verbandes, als die Scharfmacher, die alles aufwandten, um die Unternehmer an ihrer Meinung nach zu weitgehenden Zugeständnissen zu hindern. Mit bewundernswerter Solidarität hielten die etwa 1850 Streikenden — darunter 1100 Arbeiterinnen — im Kampfe aus. Mit etwa 150—160 Streikbrechern, die nicht aus den Kreisen der streikenden Arbeiter stammen, suchten die Unternehmer ihre Betriebe aufrecht zu erhalten und die Streikenden mürbe zu machen. Die Situation gestaltete sich für die Unternehmer von Woche zu Woche ungünstiger, bis sie schließlich in der 19. Woche mit größerem Ernst als bis dahin sich an den wiederholten Verhandlungen beteiligten. Die wichtigste Bestimmung im Tarif, daß die Akkordlöhne in allen Nürnberger Pinselfabriken in Zukunft einheitlich festgesetzt werden müssen nach den durchschnittlichen Akkordlohnsätzen der größten Nürnberger Pinselfabrik, ist erst in letzter Zeit auf das Betreiben der großen Unternehmer in den Vertrag aufgenommen worden, an Stelle der geforderten Mindestlöhne, die besonders die kleinen Unternehmer bekämpft haben. Der Tarifvertrag bringt in der Pinselindustrie in Nürnberg vollständig neue Lohnverhältnisse, die mit manchen alten, rückständigen Zuständen radikal aufräumen werden. Der Tarifvertrag sieht u. a. vor: die 52stündige wöchentliche Arbeitszeit. Überstunden dürfen nur angesetzt werden nach Verständigung mit einer von der Arbeiterschaft des Betriebes gewählten dreigliedrigen Kommission. Als Überstunden gelten die ersten zwei Stunden nach der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit; weitere Überarbeit gilt als Nachtarbeit. Für Überstunden ist ein Aufschlag von 25 Proz., für Nachtarbeit und Sonn- und Feiertagsarbeit ein Aufschlag von 50 Proz. zu bezahlen, bei Akkord- wie bei Lohnarbeit. Werden Arbeiter oder Arbeiterinnen von ihrer Akkordarbeit fort zur Taglohnarbeit verwendet, so ist ihnen ihr Durchschnitts-Akkordverdienst als Lohn anzurechnen. Der bisherige Lohnzuschlag von 16⅔ Proz. wird auf 20 Proz. erhöht, vom 1. Januar 1915 ab auf 22 Proz., vom 1. Juli 1916 ab auf 24 Proz. Für alle Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen ist, sofern diese eine Arbeit verrichten, die mit der direkten Fabrikation von Bürsten und Pinsel zusammenhängt, nach achtwöchiger Tätigkeit möglichst Akkordarbeit einzuführen. Wichtig ist die Bestimmung, daß zur Herbeiführung einheitlicher Lohnverhältnisse durch eine paritätische Kommission Einheits-Akkord-Tarife aufgestellt werden. Als Einheits-Akkord-Tarife gelten die Tarife, die die vereinigten Pinselfabriken — das ist die größte Fabrik der Branche mit den besten Durchschnittslohnsätzen — ausarbeiten. Diese Tarife gelten für alle anderen Betriebe. Auf diese Akkordsätze kommen noch die oben mitgeteilten Aufschläge. Auch sonst hat die paritätische Kommission in der Festsetzung der Arbeitsmethoden 2c. erheblichen Einfluß erhalten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei nicht genügender Beschäftigung ist im Einverständnis mit den beteiligten Arbeitern des betreffenden Betriebes festzusetzen. Ferner wird für Streitfälle eine paritätische Kommission aus 6 Mitgliedern eingesetzt. Der Tarifvertrag ist gültig bis zum 15. Februar 1917. Ob vom Jahre 1915 ab der Vertrag bis 1919 verlängert wird, entscheiden die beiden Zentralvorstände der Arbeiter und der Unternehmer. Auf die Heimarbeiter treffen alle einschlägigen Bestimmungen des Tarifs zu. Eine Versammlung der Streikenden am Dienstag abend nahm den Tarifvertrag an.

Heimarbeiter sind nicht verpflichtet, Gewerbesteuer zu zahlen! So hat die Darmstädter Strafkammer als Berufungsinstanz in der Klagesache eines heimarbeitenden Portefeuillers gegen die Offenbacher Steuerbehörde entschieden. Nach dem Gemeindesteuergesetz sind die Heimarbeiter in Offenbach als selbständige Gewerbetreibende zur Gewerbesteuer, und zwar zu nicht unerheblichen Beträgen, herangezogen worden. Der Verband der Sattler und Portefeuiller, an dem sich zuerst die Besteuerten beschwerdeführend wandten, veranlaßte einen Heimarbeiter, der Zahlungsaufforderung keine Folge zu leisten und gegen den Strafbefehl gerichtliche Entscheidung beim Schöffengericht zu beantragen. Das Schöffengericht hat auf Freisprechung erkannt und im Urteil ausgeführt: „Nach den einschlägigen Bestimmungen sind die Heimarbeiter kranken- und invalidenversicherungspflichtig. Nun ist zwischen der Organisation der Arbeiter und den Unternehmern der Lederwarenindustrie in Offenbach ein Tarifvertrag abgeschlossen, nach dem die Arbeitgeber die gesetzliche Beitragsleistung zur Kranken- und Invalidenversicherung übernehmen. Nur eine Anzahl von Heimarbeitern meldet sich freiwillig bei der Ortskrankenkasse an, aber es geschieht nur, um bei dem häufigen Arbeitswechsel Scherereien und Unterbrechungen zu vermeiden. Hieraus geht der Begriff eines selbständigen Unternehmens nicht hervor. Dies ist auch bei Prüf der Fall. Die Steuerbehörde hatte das als einen Beweis erachtet, daß er selbständiger Hausgewerbetreibender sei." Gegen das freisprechende Urteil des Schöffengerichts hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, mit der sich die Strafkammer zu Darmstadt am 22. September zu beschäftigen hatte. Die Steuerbehörde ließ durch ihren Vertreter erklären, Puth sei Hausgewerbetreibender, denn er habe persönliche Selbstständigkeit, da er Anfang und Ende der Arbeitszeit selbst bestimmen könne. Sowohl der Sachverständige, Handelskammersyndikus Dr. Craß, wie auch der Gauleiter des Sattler- und Portefeuillerverbandes traten diesen Ausführungen entgegen und meinten, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Heimarbeiter lassen sich nicht in einem juristischen oder volkswirtschaftlichen Begriff hineinbringen. Auch im § 14 der Reichsgewerbeordnung sei ein solcher Begriff nicht gegeben. Ist der Heimarbeiter an keine bestimmte Arbeitszeit gebunden, erhält er sämtliche Zutaten geliefert und stellt er diese Arbeit mit Hilfe seiner Familie, aber ohne fremde Hilfskräfte her, so ist er zweifellos als Heimarbeiter zu betrachten. Diese Voraussetzungen träfen auf Puth zu. — Aus diesem Grunde verwarf die Strafkammer die Berufung der Amtsanwaltschaft und erkannte auf kostenlose Freisprechung des Heimarbeiters. Sämtliche Kosten, auch die der Verteidigung, hat die Staatskasse zu tragen. In der Entscheidung heißt es: Puth ist nicht als Gewerbetreibender zu betrachten. Er hatte keinen Unternehmergewinn gehabt, sondern lediglich seinen Lohn erhalten. Kein maßgebendes Merkmal für einen Hausgewerbetreibenden ist es, ob er eine bestimmte Arbeitszeit einzuhalten habe. Dieses Urteil entspricht den tatsächlichen Verhältnissen und werden hoffentlich in Zukunft die Heimarbeiter von der Gewerbesteuerpflicht entbunden.

Soziales.

Unlauterer Wettbewerb. Der Konkurrenzkampf der bürgerlichen Volksversicherungsgesellschaften gegen die Volksfürsorge hat seinen Grund in der von Grund aus reformierten Tendenz des von den Gewerkschaften und Genossenschaften zum Schutze der Versicherten gegründeten Unternehmens. In diesem Kampfe sind alle privaten und sogenannten „gemeinnützigen" Gesellschaften einig. Interessant ist aber der unlautere Wettbewerb, mit dem die bürgerlichen Gesellschaften unter sich zur Irreführung des Publikums arbeiten. Um Geschäfte zu machen, verbreiten die von den verschiedenen preußischen Provinziallandschaften subventionierten und von den Behörden besonders protegierten agrarischen „Öffentlich-rechtlichen" Flugblatt auf Flugblatt, um sich als die „billigste Volksversicherung" zu empfehlen. Zuletzt erschien ein solches mit der Überschrift: „Zahlen beweisen! Welches ist die billigste Volksversicherung?" Darin werden die Leistungen der verschiedenen Gesellschaften, auch der Volksfürsorge, besprochen und in ganz unzulässigen Vergleichen einander gegenübergestellt. Über dieses Flugblatt hat nun die D. V. A. G. ein Gutachten des Mathematikers der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Herrn Paul Spangenberg, eingeholt und veröffentlicht. Dieses sachverständige Gutachten kommt nach ausführlicher Darlegung und Begründung zu folgendem Gesamturteil:

„Mein Gesamturteil geht dahin, daß Vergleiche von der Form des mir vorliegenden unzulässig sind, da sie unvollständig und einseitig sind und für den Versicherungsnehmer wesentliche Umstände verschweigen. Durch derartige Vergleiche kann der Versicherungsnehmer nur einseitig und unvollkommen über Wert und Bedeutung der Versicherung bei den verglichenen Gesellschaften unterrichtet werden und muß hinsichtlich des Wertes und der Bedeutung der von diesen Gesellschaften gebotenen Versicherung irre geführt werden."

„Solche Irreführung nennt man gemeinhin unlauteren Wettbewerb", schreibt dazu die „Sächsische Zeitschrift für das Versicherungswesen".

Wir haben dem Urteil nichts hinzuzufügen, wollen aber geziemendst bemerken, daß alle Versicherungsgesellschaften der Volksfürsorge gegenüber solche irreführenden Vergleiche verbreiten! Unsere Freunde haben daher alle Ursache, sich dieses Gutachten zu merken.

Aus Nah und Fern.

Zum Breslauer Sittenskandal wird dem „Berliner Tageblatt" gemeldet, daß weitere siebzehn Personen verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden. Unter ihnen befinden sich fünf Kaufleute, zwei Kassierer von Lichtspieltheatern, zwei Portiers, ein Oberkontrolleur eines Lichtspieltheaters, der Heizer einer Badeanstalt, ein Hotelgeschäftsführer, ein Kaffehausbesitzer, ein landwirtschaftlicher Administrator, ein Schuhmachermeister und ein Badediener. Im ganzen sind sonach 31 Personen von der Kriminalpolizei verhaftet worden, die im Verdacht stehen, Sittlichkeitsverbrechen an der zwölfjährigen Emma Seidl und der fünfzehnjährigen Klara Fröhlich verübt zu haben.

Der Segen der Reichsversicherungsordnung. Einen Vergiftungsversuch vor den Schranken des Oberversicherungsamts in Breslau machte am Dienstag der Heizer Berthold Gottschling, als er sich durch den Spruch des Gerichts aller Hoffnung auf die Gewährung einer Rente beraubt sah. Gegen ihn wurde eine der bekannten Entscheidungen gefällt: „Wenn G. auch nicht mehr als Heizer tätig sein kann, so doch noch als Straßenkehrer oder Hilfsarbeiter". Das Reichsversicherungsamt hatte die Abweisung des Heizers schon einmal aufgehoben, aber auf Grund der ärztlichen Gutachten wies das Gericht den Mann aufs neue ab. Blitzschnell nahm er ein Fläschchen und trank es aus. Es enthielt eine Quecksilberlösung; der Mann mußte ins Krankenhaus geschafft werden, wo man ihn zu retten hofft. — Das Vermögen der Versicherungsanstalt ist inzwischen auf 2 Milliarden angewachsen.

Bei einem Zusammenstoß zweier Automobile an der Kreuzung der Bismarck- und Krummestraße in Charlottenburg wurde einer der Wagen auf den Bürgersteig geschleudert. Ein Arbeiter trug schwere innere Verletzungen davon und wurde bewußtlos nach dem Krankenhause gebracht. Ein Dienstmädchen kam mit schweren Armquetschungen davon.

Explosion in einer Dynamitfabrik. In der Dynamitfabrik von Barrisch & Real in Perz (Rheinl.) erfolgte Donnerstag früh eine heftige Explosion, bei der ein Gebäude zerstört wurde. Ein 16 Jahre altes Mädchen wurde auf der Stelle getötet, ein 36jähriger Meister erlag im Laufe des Tages seinen Verletzungen. Zwei Personen wurden tödlich, 15 Personen mehr oder minder schwer verletzt. Auch die umliegenden Häuser wurden beschädigt. Der Materialschaden wird auf etwa 20 000 Mk. geschätzt, ist aber durch Versicherung gedeckt. Sämtliche Feuerwehren der Umgegend sowie die Kölner Berufsfeuerwehr waren zur Hilfeleistung ausgerückt.

Die Bienenzucht als soziales Allheilmittel. Gelegentlich der Tagung der rheinischen Agrarier in Essen hielt auch die Sektion Bienenzucht eine Versammlung ab. Ein Lehrer Möhring aus Birlich verzapfte zum Schluß seines Vortrages über die „Bedeutung der Bienenzucht für das Volkswohl" folgende Weisheit: „... Außer diesen Vorteilen bringen die Bienen auch materiellen Vorteil dem Züchter selbst und üben einen hohen sittlichen Einfluß aus auf die Züchter, die durch die Befruchtung der Einrichtung des Bienenstaates zur Zufriedenheit, Verträglichkeit, Fleiß, Vaterlandsliebe und Königstreue erzogen werden." — Mehr kann man von der Erziehungskunst der Bienen an einem preußischen Volksschullehrer nicht verlangen.

Reingefallene Prozentpatrioten. In Romanshorn in der Schweiz ist eine Bank aufgeflogen. Daß der Herr Direktor sich erschossen hat, ist weniger interessant als die Tatsache, daß unter den Geschädigten sich viele badische Einleger befinden, die, um sich von der Kapitalrentensteuer zu drücken, ihr Geld bei der Schweizer Bank angelegt haben. Unter den oberschlauen Geprellten befinden sich sicherlich so manche „gute Patrioten", die über die „Vaterlandslosigkeit" der Sozialdemokratie und den Internationalismus nicht genug heulmeiern können, bei denen jetzt aber der Nachweis erbracht ist, daß deren Patriotismus nicht weiter als bis an den Geldbeutel reicht.

Leichenfund. Auf der Bahnstrecke Darmstadt-Worms wurden zwischen den Stationen Biblis und Groß-Rohrheim die Leichen zweier Personen aufgefunden, die durch einen Zug überfahren und gänzlich verstümmelt waren. Wie festgestellt wurde, handelt es sich um den Bahnwärter Seip und Frau, die wahrscheinlich Selbstmord begangen haben.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Aus Petersburg wird gemeldet: Auf dem Eisen-Walzwerk der Donez-Jurews-Gesellschaft entstand im Kesselhause eine furchtbare Explosion. 12 Mann wurden verbrüht, davon 7 lebensgefährlich. Die Ursache des Unglücks war ein Defekt am Kessel. Der Schaden wird auf 400 000 Mk. geschätzt.

Folgenschwere Verwechselung. In Zug in der Schweiz verwechselte eine 68jährige Frau beim Kochen von Apfelmus Arsenikpulver mit Staubzucker. Nach dem Genuß der vergifteten Speise starb sie, ihr Mann schwebt in Lebensgefahr.

Beim Spielen mit einem Revolver erschoß der 15jährige Hausbursche Schilling den 16jährigen Liftboy Schenkl in einem Wiesbadener Hotel.

Hinrichtung. Der Zinngießer Johann Strasser, der den preußischen Militärattaché Major v. Lewinsky und den Polizeiwachtmeister Bohlender erschossen hatte und vom Münchener Schwurgericht zum Tode verurteilt worden war, ist auf dem Hofe des Vollstreckungsgefängnisses hingerichtet worden.

Mord. Die seit dem 16. September vermißte Kellnerin Babette Schneider aus Riegelsberg wurde von Sandarbeitern in einem Walde bei Saarbrücken unter Sand und Laub versteckt als Leiche aufgefunden. Die polizeilichen Ermittelungen ergaben, daß das Mädchen erdrosselt und vergraben worden ist. Vom Täter fehlt jede Spur. Man vermutet, daß es sich um einen Mord aus Eifersucht handelt.

Eisenbahn-Zusammenstoß. Auf der Strecke Prag—Dux ist bei der Station Koletsch ein Güterzug entgleist. Ein nachfolgender Schnellzug und ein Personenzug mußten auf der Strecke halten. Ein Hilfszug, der die Passagiere holte, stieß bei der Rückfahrt mit einem entgegenkommenden Güterzug zusammen. Fünf Personen, darunter ein Ingenieur aus Berlin namens Wolf, sind schwer verletzt worden.

Eine fette Pfründe. Der „Schwäbische Schulanzeiger" Nummer 15 vom 15. August 1913 enthält folgende Bekanntmachung:

Die Schul-, Organisten- und Mesnerstelle in Reinhartshausen, königliches Bezirksamt Augsburg, ist in Erledigung gekommen.

Fassionsmäßiges Einkommen 710 Mark.

Bewerber haben die an Seine Erlaucht, den hochgeborenen Grafen Karl Ernst Fugger von Glött-Kirchheim gerichteten Gesuche, mit den vorgeschriebenen Zeugnissen belegt, binnen drei Wochen anher einzureichen.

Augsburg, den 5. August 1913.

Fürstl. Fuggersche Dominalkanzlei.
Schum.

Die Fürstlich Fuggersche Dominialkanzlei handelt anscheinend nach dem Bibelwort: Du sollst nicht Schätze sammeln auf Erden, die der Rost und die Motten fressen. Das heißt, soweit die andern in Betracht kommen.

Wie auf einer königlichen Domäne ein Landarbeiter beerdigt wurde. Die Junker jammern fortgesetzt über die Leutenot, aber wie sie die Arbeiter behandeln, spottet jeder Beschreibung. Da war in der vorigen Woche der Vater eines Deputatarbeiters auf dem zur königlichen Domäne Rettienen gehörigen Vorwerk Justinenhof in Ostpreußen gestorben. Man ließ das Grab machen und bestellte den Geistlichen. Der Kirchhof liegt zwei Kilometer von Justinenhof entfernt und die Leiche mußte mit Fuhrwerk dorthin geschafft werden. Der Sohn des alten Landarbeiters hatte auch sicher darauf gerechnet, daß ihm sein Herr ein Fuhrwerk stellen würde, damit er seinen Vater in würdiger Weise unter die Erde bringen konnte. Doch in diesem Vertrauen auf die Güte des Herrn wurde er schwer getäuscht. Der Domänenpächter — natürlich eine echt christliche und staatserhaltende Säule — verweigerte ihm aber das Fuhrwerk, und der Sohn mußte überall herumlaufen, um einen Wagen aufzutreiben. Doch die Leute waren überall auf den Feldern und so gelang es ihm erst gegen Abend, ein Fuhrwerk zu bekommen. Von irgendeiner Feier bei der Beerdigung konnte nun nicht mehr die Rede sein. Einige hilfsbereite Arbeiter nahmen sich des Arbeiters an und halfen ihm seinen Vater beerdigen. Gegen 7½ Uhr abends ging die Bestattung — beim Schein einer Laterne — vor sich. So geschehen im Jahre 1913 in einem christlichen Staate und auf einer königlich preußischen Domäne. Wenn nun solch ein Arbeiter erbittert über solche Zustände dem Junkerparadies den Rücken kehrt, faseln die agrarischen Blätter davon, daß es die — Vergnügungssucht sei, die den Arbeiter in die Großstadt treibe.

Bebel und die Kirche. Das staatlich approbierte Geschäftschristentum und seine Vertreter haben heute noch schwer an der Tatsache zu verdauen, daß am Leichenbegängnis Bebels in Zürich die Glocken der St. Jakobskirche ihre ehernen Töne dem großen Toten ins Grab nachsandten. Inzwischen hat wieder ein schweizerischer Dorfpfarrer das kleinliche und unsagbar engherzige Kirchenchristentum beider Konfessionen Deutschlands beschämt. Am letzten Sonntag, dem Bettag (Bußtag) predigte der Pfarrer des zürcherischen Dorfes Feuerhalen, Herr Sutermeister, über den Bibeltext „Du sollst Gott den Herrn lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele, mit ganzem Gemüte und mit allen Kräften und Deinen Nächsten wie Dich selbst." Dabei stellte er als Vorbild eines solch gottgefälligen Lebenswandels August Bebel auf. Es ist, so sagte der Prediger u. a. ungefähr, vor einigen Wochen in Zürich ein Mann mit fürstlichen Ehren und unter der Anteilnahme von Millionen Herzen zu Grabe getragen worden, obwohl der Dahingegangene nur aus dem schlichten Arbeiter- und Handwerkerstande hervorgegangen. Ungezählte liebten ihn aber, weil sein ganzes Leben den Armen und Enterbten geweiht war und er wie selten einer vor ihm das Gebot „Liebe deinen Nächsten!" praktisch betätigt hat. Wohl war sein Glaubensbekenntnis nicht das unsrige; darauf kommt es

aber garnicht an. Er hatte den Glauben an das Gute im Menschen, und war stets bestrebt, dem Guten zum Durchbruch zu verhelfen. Und darin liegt die höchste und schönste Betätigung christlicher Glaubenslehren. Der Pfarrer forderte schließlich seine Zuhörer auf, August Bebel nachzustreben, um dadurch am ehesten dem christlichen Ideal werktätiger Menschen- und Nächstenliebe nahezukommen. — Ein wildes Land, diese Schweiz, wo ungestraft christliche Prediger die Kanzel benützen dürfen, um einen Mann, der bekanntlich das Wort geprägt hat, daß Christentum und Sozialdemokratie wie Feuer und Wasser sich gegenüberständen, als Musterbeispiel christlicher Liebestätigkeit aufzustellen! Ein wildes Land, fürwahr.

Ein Beitrag zur Sittlichkeit auf dem Lande. Vor einigen Tagen beschwerten sich in einer Zuschrift an die „Weinh. Anz." mehrere Einwohner aus Großsachsen über den Radau, der von Burschen aus Leutershausen, besonders an den Sonnabend abenden verursacht wird. Jetzt antworten die Leutershausener folgendermaßen: Hier sind einzelne junge Leute entrüstet über die Großsachsener, die unserer Jugend eins anzuhängen versuchten. Aber wer hat denn den Spektakel gemacht? Es ist ja wahr, daß unsere Burschen recht oft in Großsachsen sind, warum? Das ist offenes Geheimnis. Die Großsachsener werden dadurch neidisch und möchten uns gerne draußen haben, natürlich nur die Burschen! Es ist das die alte schöne Geschichte von dem fremden Gockel . . . . . Wie wäre es denn, wenn sich die Kampfhähne dahin einigen wollten, daß die Großsachsener Burschen eben Sonnabends nach Leutershausen gingen, während die hiesige Jungmännerwelt nach Großsachsen ginge? So wären beide Teile zufrieden und der ruhestörende Lärm hörte ein für allemal auf. Es fragt sich nur, was die Großsachsener und Leutershausener Damenwelt zu diesem Vorschlag sagt! Jedenfalls sieht man einmal wieder die Wahrheit des alten Sprichwortes ein: Cherchez la femme." — Ja, ja, das „ewig Weibliche" hat es auf sich! Die Ausführungen lassen übrigens einen Blick in die sittlichen Zustände auf dem Lande tun. „Fremde Gockel" sind immer für die betreffenden Kreise unerwünscht!

Kulturbilder. Im „Prager Tageblatt" vom 17. d. M. veröffentlichte ein Menschenfreund, der seine lieben Nächsten richtig einzuschätzen weiß, das folgende Inserat:

Titel und Orden
gegen eine im Nachhinein zu entrichtende Stiftungstaxe.
Ant. 17./9. 1913 unt. „Ohne Vorspesen." Prag, — . . .

Zur gleichen Zeit war in der Wiener „Neuen Freien Presse" dieser Aufruf zu lesen: „Ein akademisch gebildeter Österreicher, der 20 Jahre seines Lebens ausschließlich der Flugforschung und Flugtechnik gewidmet und anerkannte Werke auf diesem Gebiet geliefert hat, befindet sich in drückender Notlage. Es fehlen ihm nicht nur die Mittel zur Fortsetzung seiner konstruktiven Arbeiten, sondern auch das zum Leben unbedingt Nötige. Die ununterbrochenen finanziellen Opfer für seine Forschungen haben den Mann schließlich an den Bettelstab gebracht und er sieht sich heute mit Frau und zwei Kindern dem Nichts gegenüber. Er mußte seinen Hausstand auflösen und seine bescheidene Habe veräußern, da er die Kosten für die Wohnungsmiete nicht aufzubringen vermochte. Das fortdauernde Hungerleben hat diesen eifrigen und tüchtigen Forscher so zermürbt, daß seine Freunde das Schlimmste befürchten. Die Redaktion ist gern bereit, Spenden entgegenzunehmen und auszuweisen, die wenigstens augenblicklich die verzweifelte Notlage eines akademisch graduierten Mannes, der seine ganze Tätigkeit der Luftschiffahrt und Flugforschung gewidmet hat, zu lindern vermögen." — Daß der wohlgemeinte Aufruf einen größeren Erfolg haben wird als den, daß der ins Unglück geratene Erfinder soviel Bettelgroschen erhält, um seinen Hunger acht oder vierzehn Tage zu stillen, darf man wohl bezweifeln. Dafür wird aber der Weizen des Titel- und Orden-Schacherers um so mehr blühen.

Überfall auf einen russischen Eisenbahnzug. Auf der Transbaikalbahn fand die Beraubung eines Bahnbeamten statt, der mit über 200 000 Mark Arbeitslöhnen für Bahnarbeiter sich im Zuge befand. Die Räuber brachten durch den Gebrauch der Westinghousebremse den Zug zum Stehen, fesselten den Maschinisten auf der Lokomotive und schossen zwei Bahnwächter nieder. Darauf raubten sie den Beamten aus, worauf die ganze Räuberbande sich ungehindert entfernte.

Unverantwortliche Polizeitaten. Eine recht nette Enthüllung über die Polizeiwirtschaft in Halle a. S. brachte die letzte Stadtverordneten-Sitzung, in der man über die Pensionierung des Polizeiinspektors v. Dossow verhandelte. Jener Polizeiinspektor hat durch sein Auftreten gegen die organisierte Arbeiterschaft und durch Prozesse mit ebenbürtigen Polizeikollegen wiederholt die Oeffentlichkeit beschäftigt und durch Klagen bewirkt, daß zwei Redakteure des „Volksblattes" wegen Beleidigung zu je 600 Mark Geldstrafe verurteilt wurden. Ein unter ihm beschäftigt gewesener Kommissar Kriebel hatte ihm vorgeworfen, er, v. D., habe sich gelegentlich des Kaiserbesuches in Halle ein Paar Lackstiefel rechtswidrig angeeignet usw. Polizeikommissar Kriebel sollte sich damals für unzurechnungsfähig erklären lassen. K. ist aber kerngesund und seit Jahren bei Berlin als Direktor tätig. Herr v Dossow hatte bei den meisten Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft die Hand im Spiele und übte auch auf die ihm untertänige Presse einen starken Einfluß aus. Als unter der Leitung dieses Polizeimannes am „roten Sonntag" gegen die demonstrierende Arbeiterschaft eine Feuerspritze auf den Marktplatz gezerrt wurde, da sagte man sich allgemein, daß Herr v. Dossow eher ein kalte Dusche nötig habe. Aber wer wagte dies öffentlich auszusprechen? Und was würde der Staatsanwalt dazu gesagt haben? In der letzten Stadtverordnetensitzung, in der die Pensionierung des erst 45 Jahre alten Polizeileiters beschlossen wurde, fiel es aber manchem wie Schuppen von den Augen, als der Oberbürgermeister sagte, Herr v. Dossow war schon immer Neurastheniker und es sei ein schwerer Fehler begangen worden, daß dieser Mann seinerzeit in den Polizeidienst berufen worden sei. Zur Zeit der Anstellung D.'s war ein anderes reaktionäres Stadtoberhaupt tätig. Kurzum, der Polizeileiter, der, mit Rüge und Verweis vorbestraft, in Halle angestellt wurde, ist infolge seiner geistigen Minderwertigkeit zur Ausübung des Polizeidienstes dauernd für unfähig erklärt worden Der springende Punkt für uns ist der: Ist es nicht ein Skandal, daß man einen Mann, von dem man längst wußte, daß er schon immer Neurastheniker war, bei Straßendemonstrationen Anordnungen treffen und Säbelattacken leiten ließ! Dieser Neurastheniker dirigierte am Blutsonntage „Säbel heraus!" — und die Polizisten mußten zuschlagen. Bei all' den unsinnigen Anordnungen und Absperrungen am 1. Mai und bei der polizeilichen Räumung des Arbeiterheims am Jugendtage mußte die Kritik unter den Augen des Staatsanwalts schweigen. Und wer nicht das Maul hielt, der wurde bestraft. „Denn jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat!" — Werden jetzt diejenigen Magistratsleute, die den krankhaften und gefährlichen Zustand des Polizeiinspektors bereits kannten und die den Mann trotzdem im Polizeikörper duldeten, zur Rechenschaft gezogen werden? Diese Frage drängt sich wohl vielen auf, aber beantwortet wird sie wohl nicht werden. In der Stadt der Polizeiskandale begnügt sich das „liberale" Kollegium mit der Bewilligung der Pension.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der **Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"**

Unsere Fründin **Rosa** die besten Wünsche von uns 3 Jungfern aus dem Witwenkreis. (7218

Als ich heute früh erwachte und an **Rosa** dachte, da fiel es mir doch ein, heute kehren wir bei Wienke ein.

Unsere **Rosa** to morgen ein donnerndes Hoch! Ob se sick woll wat marken lött, denn gah ick ok noch henn

Unsere **Rosa** zum heutigen Feste dat de ganze Suppenkrutstrat 6 wackeln deit. Dien Fründin Adelheid.

Am Donnerstag nachmittag entschlief sanft nach kurzer Krankheit unser lieber

Hermann

im zarten Alter von 3 Monaten, tiefbetrauert von seinen Eltern und seiner Schwester

Otto Hardt u. Frau Dorothea geb. Rothländer.

Lübeck, den 27. Sept. 1913.
Elswigstraße 10 a. 7226

Donnerstag morgen 8¼ Uhr entschlief nach 3tägiger schwerer Krankheit unser lieber süßer **Emil** im Alter von 4½ Monat; tief betrauert von seinen Eltern, Großeltern und Pflegeeltern. (7211

Im Namen der Hinterbliebenen:
H. Reimers, Krähenstraße 7.

Die Beerdigung findet am Montag, d. 29. Sept., 3 Uhr nachm., vom Vorwerker Friedhof aus statt.

Ges. 1 saubere Waschfrau
7196) Glandorpstraße 12 III.

Gesucht alte Frau
bei 3 Kindern, ganz im Hause.
7215) Rosenstr. 21 vtr., Kl.

Gesucht eine **kleine Wohnung** oder **leere Stube** f. einz. Frau.
7223) Fischergrube 31/6.

Gesucht eine **2-Zimmerwohnung** z. 1. Jan. Ang. mit Preis unter **E M 35** a. d. Exped. (7216

Kleiner eiserner Ofen
zu kaufen gesucht. Angeb. m. Preis unt. **R F 27** a. d. Exp. d. Bl. (7205

Ein starker **zweiflammiger Gasherd** mit Messingstange billig zu verkaufen.
7197) Friedenstraße 74, 1.

Zu verk. ein gut verzinsb. **Haus** mit abgeschl. Drei-Zimmer-Wohnungen in der Nähe des Schlachth. Angeb. u. **A 20** an die Exp. (7198

Haus im Steinrader Weg zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl. (7200

Zu verkaufen **1 Gasofen, 1 Petroleumhängelampe u. 1 Küchenausguß.** (7225
Hansastr. 23, part.

Herren-Winter-Paletot, f. gr. starke Figur, 7 Mk., **Sommer-Anzug** für 11jähr. Knaben, fast neu, 3 Mk.
7204) Untertrave 26/35.

Eine **Drahtkinderbettstelle** mit Seegras- und Roßhaar-Matratze, Gr. 140×70, billig zu verkaufen.
7199) Kottwitzstraße 18, part. r.

Kleiner Zugänger zu verkaufen.
Ernst Kahl, Schwartau,
7235) Kaltenhof 10.

Zu kauf. gesucht **klein. eis. Ofen** Ang. unt. **F K 22** an die Exped. dieses Blattes. (7195

Kl. Terrier mit Steuermarke entlaufen. Abzugeben Untertrave 3c.

Damen- und Kinder-Garderobe wird billig angefertigt und geändert auch empfehle mich zum **Weißnähen** und Ausbessern. (7203
Frau A. Bull, Alfstraße 19, II. l.

Die Wäscherei
von
F. Jodeit, Petersstraße 2b
empfiehlt sich. (6949

Prima Land-Schinken
in Stücken von 2—4 Pfd. und mehr per Pfd. **1.25** und **1.35** M.
Prima Land-Speck
per Pfd. **1.20** und **1.25** M.
Frische Meiereibutter
tadellos im Geschmack Pfd. **1.25** M.
Heinr. Franck,
67 Wahmstr. 67. Fernruf 1854.

CONDOR-STIEFEL
für
Damen und Herren
in elegant-solider Ausführung
neueste Modeformen
in den populären Preislagen:
4.90 5.90 6.75 7.50 8.50 10.50
12.50 bis 16.50

Erzeugnis der Schuh-Fabrik.
MARKE CONDOR
Conrad Tack & Cie. A.-G.
Burg b. Magd.

CONRAD TACK & CIE
G·m·b·H·
Lübeck: Breite Straße 47.
Telephon 2586. (7207

Kleinverkauf
von
Spirituosen
sowie
ff. Zigarren und Zigaretten.
Herm. Eggert
Dornestraße 38c. (7219

Weckuhren
in allen Preislagen
empfiehlt
Willi Westfehling
32 Holstenstrasse **32**

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Rasieren 10 ₰
Haarschneiden 30 ₰
Bei nur guter, sauberer u. schneller Bedienung. (7202
Marktwiete 2, bei der Post.

Nur
von
15 Mark Anzahlung an
auf
Möbel-Einrichtungen
von 200 Mk. bis zu den **feinsten Einrichtungen**
H. Kesten
17 Holstenstraße 17, I.

Nur
die kleinste Anzahlung
auf 7209
Anzüge, Überzieher
Betten, Teppiche, Gardinen, Kinderwagen
H. Kesten
17 Holstenstraße 17, I.
Lieferung nach auswärts!

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Heute große süße (7234
Zwetschen
empfiehlt
Wilh. Süfke, Marendorpstr. 25.

Bis zum 30. September

offeriere ich die nachstehenden

6 Artikel in bekannt **haltbaren und gediegenen Qualitäten, modernen, bequemen Formen und eleganten Ausstattungen zu ausserordentlich billigen Preisen** weit unter regulärem Wert.

(7233

Für Damen:

Boxkalf-Derbystiefel mit und ohne Lack **7⁹⁰**

Chevreaux-Derbystiefel mit Lack **8⁷⁵**

Chevreaux-Derbystiefel mit Lack, Goodyear Welt **10⁷⁵**

Für Herren:

Rindbox-Derbystiefel **7⁹⁰**

Boxkalf-Derbystiefel mit und ohne Lack **9⁷⁵**

Chevreaux-Derbystiefel Goodyear Welt mit und ohne Lack **11⁷⁵**

Rabattmarken oder **4 Proz. in bar.**

Schuhwarenhaus **Auguste Popp,** Breite Straße 7

Konsumverein für Lübeck und Umgegend

e. G. m. b. H.

Achtung! Achtung!

Inventuraufnahme

7231 **halber ist unsere Warenabgabestelle VIII**

Königstraße 111

für

Manufaktur- und Hausstandswaren

am Montag, dem 29. u. am Dienstag, dem 30. September

geschlossen.

Wir bitten unsere Mitglieder sich mit ihren Einkäufen hiernach einzurichten und uns ihren Bedarf für Waren dieser Abgabestelle nach wie vor zuzuwenden.

Der Vorstand.

Empfehle, so lange der Vorrat reicht

Rinderfilet

das Pfund nur **1.50 M.** Ferner einen größeren Posten 7228

Cervelatwurst

in Fettdarm (Winterware), sonst 1.80 M, jetzt nur **1.30 M.** das Pfund, sowie

Landrauchmettwurst

(Winterware), sonst 1.60 M, jetzt nur **1.30 M** das Pfund.

Auf sämtliche Waren 4 % Rabatt.

Verkauf in meinen Detailgeschäften.

Thüring. Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik
August Scheere
Lübeck.

Achtung Maler!

Der 14tägige Abendkursus für

:: moderne Holzmalerei in neuester Technik ::

des bewährten Fachlehrers Fr. Lenott (lt. Versammlungsbeschluß vom 3. September d. J.) beginnt statt am 28. September umständehalber erst am **30. September d. J.** ∴ Interessenten, welche an diesem Kursus, außer den bereits gemeldeten Kursisten, bei mäßigem Honorar noch teilnehmen wollen, wollen sich bei Jul. Tiedemann, **Mittelstraße 9a, baldigst** persönlich oder schriftlich anmelden. 7210

Sonnabend und Sonntag geben wir auf jedes Pfund echt holst. vegt. Margarine **Eigelbpflanzenbutter** Marke H. B. Pfund 90 Pfg.

ein gr. Korinthenbrot

1. Sorte feinste Meierei-Tafelbutter Pfund 1.26 Mk.

1. Sorte alleri. holst. Meierei-Tafelbutter Pfd. 1,44 Mk.
Prima geräuch. holsteinische Landmettwurst
Prima magern Speck Pfund 1.00 Mk.
Prima Tilsiter Vollfettkäse Pfund 80 Pfg.
Garantiert rein Flomenschmalz Pfund 90 Pfg.

Holsteinisches Butterhaus G. Heinr. Flörke, Komm.-Ges. **Königstr. 48a.**

Jeder Kunde verlange eine Legitimationskarte für unsere Todesfall-Unterstützung (100 Mk.). (7227

Achtung! Billig! Achtung!

Empfehle zum Sonntag prima dickes fettes Queenfleisch, sowie pa. dickes, junges, fettes (7229

Rindfleisch Pfd. 75 ₰

Prima Bratenstücke	Pfd.	85 ₰
ohne Knochen	„	90 ₰
„ Roastbeef	„	90 ₰
„ Rumpsteak	„	100 ₰
„ Gulasch u. Gehackt.	„	90 ₰
„ Beefsteak	„	120 ₰
„ Filet	„	140 ₰
„ Rollfleisch	„	100 ₰
„ jg. Schweinefleisch	„	85 ₰
„ Bratenst. u. kl. Schinken		90 ₰
„ jg. Hammelfleisch	Pfd.	90 ₰
Keule	„	100 ₰
„ Kalbfleisch	„	70 ₰
Keule	„	80 ₰
„ Leberw. u. Gek.	„	85 ₰
„ Braunschweiger	„	70 ₰
„ Kohlwurst	„	80 ₰
„ Sülze	„	80 ₰

Paul Boldt Nachfolger,
Otto Stöver,
Schlachterei und Wurstmacherei m. elektrischem Betrieb.
Wahmstr. 22. Fernspr. 2133.

Partie Tilsiter Vollfett-Käse

Pfd. 60 Pfg. 7201

bei halben Käsen 5 Pf. billiger.

Wilh. Badstein
Schwönekenquerstraße 11.

Gebe bei 7208

Eröffnung meines neuen Geschäftes

Glockengießerstraße 66,

wie auch in meiner **Filiale Beckergrube 31,**

Freitag und Sonnabend

auf **1 Pfund Margarine** zu 70, 80, 90 oder 100 Pfg. 1 großen Block Schokolade, 1 hochelegante Tasse, 10 Bouillon-Würfel oder 1 Pfd. Malzkaffee.

Im neuen Geschäft Glockengießerstraße 66 erhält jeder Käufer ein Rabattmarkenbuch mit 5 Rabattmarken.

Ferner empfehle **feinstes Palminfett** pro Pfund nur **58 Pfg., frische holst. Eier** pro Stück **9½ Pfg.,** sowie diverse Sorten **Käse** zu billigsten Preisen.

Hauptgeschäft: **Glockengießerstraße 66.** **H. Scheel,** Filiale: **Beckergrube 31.**

Empfehle zur Eröffnung:

Prima	fettes Queenfleisch	Pfd. 80 Pfg.
„	Rostbeaf mit Filet	Pfd. 90 Pfg.
„	Schmorbraten	Pfd. 85 und 90 Pfg.
„	Rollfleisch 1.00 Mk.	Beefsteak 1.20 Mk.
„	Kalbfleisch	Pfd. 75 und 80 Pfg.
„	Kalbskeule	Pfd. 85 und 90 Pfg.
„	junges Hammelfleisch	Pfd. 85 und 90 Pfg.
„	junge Hammelkeule	Pfd. 95 und 1.00 Mk.
„	junges Schweinefleisch	Pfd. 85 Pfg.
„	junger Schweinebraten	Pfd. 90 Pfg.
„	Gulasch und Gehacktes	Pfd. 90 Pfg.
„	fetten und mageren Speck	Pfd. 1.00 Mk.
„	Flomen-Schmalz	Pfd. 90 Pfg.
„	Kalbsfett 70 Pfg.	Kopf und Beine 25 Pfg.
„	gekochte und Leberwurst	Pfd. 90 Pfg.
„	Sülze	Pfd. 80 Pfg.
„	Aufschnitt	Pfd. 120 Mk.

Hermann Atmer

Schlachterei und Wurstfabrik mit elektrischem Betrieb.
Obere Wahmstraße 8.
Fernruf 1366. (7230